



28. Mai 2020

Corona-Pandemie in Afrika: Mehr Armut, Krisen und Konflikte?

*Henning Suhr, Benno Müchler, Thomas Schiller, Florian Karner,
Mathias Kamp, Daniel El-Noshokaty, Veronika Ertl, Martina Kaiser*

Was bedeutet die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus für die politische und sozioökonomische Entwicklung der Staaten Subsahara-Afrikas? Was kann die deutsche Politik tun, um die negativen Effekte auf die Länder abzumildern und die Resilienz der Staaten gegenüber künftigen Pandemien zu erhöhen? Diesen und weiteren Fragen widmet sich die vorliegende Publikation mit exklusiven Einblicken unserer Büroleiter aus sechs afrikanischen Ländern.

Zum Mitnehmen:

- › Gelingt es den Regierungen in den untersuchten Ländern nicht, die Notlage in den Griff zu bekommen, kommt es gar zu Veruntreuung von Hilfsgütern und Geldern, kann deren Glaubwürdigkeit untergraben werden und es können neue Akteure wie religiöse Autoritäten, Diasporagruppen und/oder einflussreiche Unternehmer mehr Einfluss erhalten. Diese könnten für die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit künftig an Relevanz gewinnen.
- › Angesichts potenzieller Vertrauensverluste der aktuellen Regierungen in den untersuchten Ländern scheint es für Oppositionsakteure opportun, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der Krise Präsenz zu zeigen und sich auf mögliche windows of opportunities durch sich abzeichnende Machtverschiebungen einzustellen. So ist nicht auszuschließen, dass bspw. bei den nächsten Wahlen in Südafrika durch Verluste der Regierungspartei eine Koalition aus Oppositionsparteien die Regierung bilden könnte. Insbesondere jüngere politische Akteure in Regierungsparteien aber auch einflussreiche lokale Autoritäten, denen Veränderungswille zugeschrieben wird, könnten von etwaigen Machtverschiebungen profitieren. In der DR Kongo wäre ein solcher Akteur zum Beispiel der frühere Gouverneur der Region Katanga, Moïse Katumbi.
- › Absehbar schwierig gestaltet sich die Situation für Akteure der Zivilgesellschaft und Vertreter der Medien, deren vielerorts bereits vor der Pandemie eingeschränkte Handlungsspielräume aus Angst vor konkurrierenden Narrativen von Machthabern weiter verkleinert wurden. Besonders drastisch stellt sich die Lage diesbezüglich in Tansania dar, wo Präsident Magufuli seit seinem Amtsantritt im Jahr 2015 mit der zunehmenden Einschränkung der Medien und der Zivilgesellschaft die optimalen Bedingungen dafür geschaffen hat, jegliche öffentliche Kritik an seinem Kurs zu verhindern.
- › Die Covid-19-Pandemie sollte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit deshalb als Anknüpfungspunkt genutzt werden, um die Kooperation Deutschlands mit bestehenden und neuen Partnern in Subsahara-Afrika zu prüfen und die bisherigen Strategien und Instrumente des afrikanopolitischen Ansatzes der Bundesregierung auf potenziellen Anpassungsbedarf hin zu untersuchen. Die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit und multilateraler Formate wird durch die Pandemie nochmals bestärkt.

Inhaltsverzeichnis

Corona-Pandemie in Afrika: Mehr Armut, Krisen und Konflikte?	1
Vorwort.....	4
Einschätzungen aus ausgewählten afrikanischen Ländern.....	6
Südafrika: Die doppelte Krise.....	6
DR Kongo: Ein Land mit Systemfunktion.....	9
Die Auswirkungen von COVID-19 in Mali.....	12
Ivorische Ruhe vor dem Sturm?.....	14
Uganda im „Krieg“ gegen das Corona-Virus – Werden die Kollateralschäden zum eigentlichen Problem?.....	18
Tansanias Präsident verschärft die Corona-Pandemie in einem hilflosen Land.....	22
Die COVID-19-Pandemie als Verstärker bestehender Herausforderungen – Fazit und Ausblick.....	26
Impressum	37
Die Autorinnen und Autoren.....	37

Vorwort

Zwar ist das Ausmaß der Betroffenheit durch das Corona-Virus SARS-CoV-2 in Subsahara-Afrika noch nicht absehbar, doch es gibt kaum Zweifel, dass eine ungehinderte Ausbreitung des Virus die Region in ihrer Entwicklung drastisch zurückzuwerfen droht. Die Folgen lassen sich ausmalen. Neben einem Zusammenbruch der ohnehin schwachen Gesundheits- und Sozialsysteme könnten die negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften nicht nur soziale Unruhen entfachen, sondern zur weiteren Verschärfung bestehender sowie zur Entstehung neuer Konflikte in der Region beitragen.

Ob dieses Szenario eintritt, hängt davon ab, welche Maßnahmen zur Eindämmung ergriffen wurden und welche politischen und sozioökonomischen Auswirkungen sich unter den gegenwärtigen Umständen in den einzelnen Ländern abzeichnen. Vor diesem Hintergrund ist die vorliegende Publikation entstanden. Neben einem Blick auf die aktuellen Entwicklungen konzentrieren sich die vorliegenden Texte auf die mittel- und längerfristigen Auswirkungen. Der Fokus der Analyse richtet sich auf Südafrika, DR Kongo, Mali, Côte d'Ivoire, Uganda und Tansania. Die Auslandsmitarbeiter der Stiftung in diesen Ländern haben ihre Einschätzungen dazu gegeben.

Während in Südafrika das Virus als erstes offiziell in Subsahara-Afrika nachgewiesen wurde und das Land nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dasjenige mit den meisten COVID-19-Fällen in dieser Weltregion ist, bereitet sich die 12-Millionen-Einwohner große Hauptstadt der DR Kongo, Kinshasa, auf die COVID-19-Pandemie vor, die in ihren Ausmaßen weitaus drastischer als die Ebola-Krise sein könnte. Die Entwicklung in beiden Ländern wird somit maßgeblich für die Erfolgsaussichten einer Eindämmung des Virus in der Region sein. Demgegenüber befindet sich Mali seit vielen Jahren im Krisenmodus. Die Sicherheitsstufe, die in vielen Ländern in Subsahara-Afrika im Zuge der Corona-Pandemie eingeführt wurde, existiert dort seit langem, da sich das Land an vielen Fronten fundamentalen Herausforderungen gegenübersteht. In Côte d'Ivoire, das Land, welches seit dem Jahr 2017 Reformpartnerland im Rahmen der G20-Initiative *Compact with Africa* ist, hat die Regierung zwar schnell reagiert, allerdings wächst mittlerweile in der Bevölkerung die Kritik an den Maßnahmen und offenbart damit auch einen Vertrauensverlust der Gesellschaft in die politischen Eliten des Landes. In Uganda wiederum wurden am 30. März 2020 strenge Einschränkungen verkündet und noch am selben Abend in die Tat umgesetzt. Zeit zur Vorbereitung blieb dem Land somit nicht. Einen gänzlich anderen Weg schlug die tansanische Regierung ein, die keine Ausgangssperren einführte und zögerlich agiert, wenngleich das Virus auch dort längst angekommen war.

Obwohl die Reaktionen der Regierungen somit deutlich unterschiedlich ausfallen und ein heterogenes Bild von Maßnahmen ergeben, lassen sich durchaus Entwicklungstrends identifizieren, die für die gesamte Region gelten, denen in der abschließenden Analyse nachgespürt wird. So gelten Krisen zwar als „Sternstunde der Exekutive“. Gelingt es den Regierungen allerdings nicht, die Notlage in den Griff zu bekommen, kommt es gar zu Veruntreuung von Hilfsgütern und Geldern, kann deren Glaubwürdigkeit untergraben werden und es können neue Akteure an Einfluss gewinnen. Daher widmet sich die vorliegende Publikation ebenso der Frage nach der veränderten Rolle von nichtstaatlichen Akteuren, wie religiösen Autoritäten, Diasporagruppen, einflussreichen Unternehmern, Medien und afrikanischen Regionalorganisationen.

Zudem können die Ereignisse nicht isoliert betrachtet werden. Daher gilt es die COVID-19-Pandemie als Anknüpfungspunkt zu nutzen, um die Kooperation Deutschlands mit bestehenden und neuen Partnern in Subsahara-Afrika zu prüfen und die bisherigen Strategien und Instrumente des afrikapolitischen Ansatzes der Bundesregierung auf potenziellen Anpassungsbedarf hin zu untersuchen. Dabei ist klar, dass die Pandemie so deutlich wie wohl keine andere Herausforderung in jüngster Zeit die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit und multilateraler Formate vor Augen führt und die Frage dringend beantwortet werden muss, wie in Zeiten, in denen sich viele Länder und Führungsnationen verstärkt den nationalen Interessen zuwenden, Ansätze zur internationalen Kooperation verbessert werden könnten.

Unser Dank gilt an dieser Stelle Sabina Wölkner aus der Abteilung Agenda 2030 sowie Dr. Stefanie Brinkel und Raphael Brüne aus der Abteilung Subsahara-Afrika, die diese Publikation redaktionell begleitet haben. Wir danken zudem allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen, ohne deren Beiträge diese Publikation nicht in dieser Form zustande gekommen wäre.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Dr. Peter Fischer-Bollin
Leiter Analyse und Beratung

Frank Priess
Stv. Leiter Europäische und
Internationale Zusammenarbeit

Einschätzungen aus ausgewählten afrikanischen Ländern

Die mit der Ankunft des Corona-Virus in Subsahara-Afrika verbundenen Herausforderungen betreffen unseren Nachbarkontinent Afrika in seiner Gesamtheit. Gleichzeitig unterscheiden sich sowohl regionale und nationale Rahmenbedingungen als auch die Maßnahmen, die Regierungen ergreifen, um der Krise zu begegnen. Die Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung aus Südafrika, der DR Kongo, Mali, Côte d'Ivoire, Uganda und Tansania geben im Folgenden einen Einblick und teilen ihre Einschätzungen zu den wichtigsten Entwicklungen in ihren Einsatzländern.

Südafrika: Die doppelte Krise

Henning Suhr

Als sich abzeichnete, dass die Ausbreitung von COVID-19 eine weltweite Pandemie zur Folge haben wird, reagierte Präsident Cyril Ramaphosa und verhängte verhältnismäßig frühzeitig eine landesweite, äußerst strenge Ausgangssperre, beginnend ab dem 26. März 2020. Das öffentliche Leben im Land wurde heruntergefahren und nur noch die Basisversorgung aufrechterhalten. Gleich von Beginn an wurde neben der Polizei auch das Militär zur Durchsetzung und Überwachung der Ausgangssperre herangezogen.

Anfangs populärer Lockdown sorgt zunehmend für Unverständnis

Laut Prof. van der Heerven, Gesundheitsexperte an der Witwatersrand Universität, gebe es in Südafrika rund 2.140 Intensivbetten in Privatkliniken und 1.180 in öffentlichen Krankenhäusern. Angesichts einer Bevölkerung von rund 57 Millionen Einwohnern stoße das Gesundheitssystem somit schnell an die Belastungsgrenze, auch wenn Südafrika im afrikanischen Vergleich besser dastehe. Wissend um die Schwäche des Gesundheitssystems handelte die Regierung nicht nur mit der Verhängung der Ausgangssperre zügig, sondern baute zudem ein recht gut funktionierendes Testsystem auf. Das resolute Auftreten von Präsident Ramaphosa und seines Gesundheitsministers Zwele Mkhize beeindruckte die meisten Südafrikaner und ließ nicht nur die Popularitätswerte in die Höhe schnellen, sondern sorgte auch für die notwendige Akzeptanz der verhängten Maßnahmen, die notwendig ist, damit sie auch ihre Wirkung entfalten. Im internationalen Vergleich stieg die Zahl der Infizierten unterdurchschnittlich an. Positiv ist auch, dass Ramaphosa die Oppositionsparteien, Gewerkschaften, Kirchen und Privatwirtschaft vorab umfassend informierte und für seinen Weg gewinnen konnte.

Anders als in den reichen Industriestaaten kann sich Südafrika jedoch keinen Lockdown über einen längeren Zeitraum leisten. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 29 Prozent, mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut oder armutsähnlichen Verhältnissen und verfügt über keinerlei Ersparnisse. Viele Betriebe haben nicht das finanzielle Polster, um Angestellte weiter bezahlen zu können. Für die meisten bedeutet die Ausgangssperre einen Verdienstaustausch, der sie unmittelbar ihre Existenz kosten kann. Die Corona-Krise offenbart somit Südafrikas größtes Problem: die ökonomische Ungleichheit in der Gesellschaft. Während sich finanziell Bessergestellte auf die Quarantänezeit einstellen können, sind die armen Bevölkerungsgruppen, die in Townships und anderen dicht besiedelten Vierteln wohnen, doppelte Verlierer. Weder können sie es sich erlauben, nicht zu arbeiten, noch profitieren sie von einem verbesserten Schutz vor einer Corona-Infektion, da sie wegen der Wohnverhältnisse keine notwendige Distanz zu Nachbarn halten können.

Verständlicherweise steht und fällt der Erfolg der Ausgangssperre mit der strapazierten Geduld der Bewohner in den Armenvierteln. Wie kritisch die Situation ist, lässt sich daran erkennen, dass Polizei und Armee bei der Durchsetzung der verhängten Regeln in mehr als einem Dutzend Fällen völlig überzogen Gewalt anwendeten und einige Township-Bewohner bei den Einsätzen ums Leben kamen. Während die Bilder von gewalttätigen Ordnungskräften bei vielen Südafrikanern Erinnerungen an Apartheidzeiten wach werden ließen, gefiel sich der Polizeiminister in seiner Rolle als hart durchgreifender Law and Order-Mann. Aktuell – und zunächst ohne rechtzeitig das Parlament zu informieren – werden zusätzliche 70.000 Soldaten mobilisiert und Reservisten eingezogen. Was der verstärkte (potenzielle) inländische Einsatz der Armee für die derzeitigen Auslandsmissionen Südafrikas bedeutet, bleibt abzuwarten.

Zwar kündigte Ramaphosa anfangs Maßnahmen zur Abfederung der Krise an, doch setzt der Verwaltungsapparat diese nur behäbig um. Die jahrelange Misswirtschaft der Regierung rächt sich, denn die Behörden sind in der Umsetzung der Politik meist langsam und ineffizient. Zudem ist korruptes Verhalten zu beobachten. Bezeichnend hierfür sind die Skandale um die Verteilung von Essenspaketen für Notleidende. Die zuständige Behörde berechnete pro Paket viel zu viel, so dass die Vermutung naheliegt, dass Steuergelder veruntreut wurden. In anderen Fällen wurden die Essenspakete verkauft oder nur an Sympathisanten der Regierungspartei ANC verteilt. Ramaphosa selbst zeigte sich entsetzt angesichts des Missbrauchs durch seine Parteifreunde. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die Nahrungsmittel an Bedürftige verteilten, wurden teilweise untersagt.

Nahrungsmittelsicherheit eine Frage der Finanzierung – nicht der Produktion

Als Netto-Nahrungsexporteur braucht Südafrika keine Hungerkrise zu befürchten. Laut Wandile Sihlobo, Chefökonom der Landwirtschaftskammer, sei die Landwirtschaft so gut aufgestellt, dass auch während des Lockdowns genügend Nahrung produziert werden könne. Ein Problem sei hingegen, so Sihlobo, dass Einkommensausfälle bei breiten Bevölkerungsmassen zu einem Rückgang in der Nachfrage führen. Der sich ausbreitende Hunger sei daher auf finanzielle Schwierigkeiten der Haushalte zurückzuführen und kein Produktionsproblem in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie.¹ Einmal mehr zeigt sich, dass die Corona-Krise eine bestehende Ungleichheit offenbart, die sowohl auf die Strukturen der Apartheidzeit als auch auf die Versäumnisse der ANC-Regierung im vergangenen Vierteljahrhundert zurückzuführen ist. In 26 Jahren Alleinregierung ist es dem ANC nicht gelungen, die Ungleichheit zu reduzieren. Maßnahmen, etwa wie das *Black Economic Empowerment Programme*, führten zu mehr Ineffizienz, aber nicht zu weniger Ungleichheit. Ineffizienz, Misswirtschaft und Korruption charakterisieren nicht nur die staatliche Administration, sondern auch die großen Staatsunternehmen. Der soziale Wohnungsbau, die staatliche Monopolverorgung mit Wasser und Strom sowie das Bildungssystem sind mangelhaft, weshalb Aufstiegschancen für viele Südafrikaner nicht gegeben sind.

Während der anhaltenden Ausgangsbeschränkungen erhöhte sich der Druck aus der armen Bevölkerung, der Opposition und der Privatwirtschaft auf die Regierung, die Restriktionen zu lockern, um das wirtschaftliche Leben wieder hochzufahren.² Mediziner schlugen zudem Alarm, dass aufgrund der Fokussierung auf die Behandlung von Corona-Infizierten obligatorische Gesundheitsvorkehrungen wie beispielsweise die Masernimpfung bei Kleinkindern vernachlässigt werden und dies in der Folge ebenso zu Todesfällen führen würde.

Corona-Krise trifft auf Wirtschaftskrise

Vor dem Hintergrund der sich allgemein verstärkenden Zweifel, ob die rigiden Maßnahmen gegebenenfalls mehr Schaden als Nutzen bringen, verkündete die Regierung die stufenweise Öffnung des Landes – beginnend ab Mai und über Wochen, wenn nicht Monate hinweg – sowie ein weiteres Maßnahmenpaket, um den Gesundheitssektor zu stärken, Hunger und soziales Leid zu mindern, Unternehmen und Angestellte zu unterstützen und die stufenartige Aufhebung der Beschränkungen zu ermöglichen. Mit umgerechnet 25 Milliarden Euro entspricht das historische Hilfspaket etwa zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts. Neben Umschichtungen aus dem laufenden Haushalt, Reserven aus der Pensionskasse und der Arbeitslosenversicherung sollen auch internationale Kredite der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der BRICS-Bank und der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) beantragt werden. So wichtig die Unterstützung für Menschen in Not ist, so sehr stellt sich dennoch die Frage, ob das Paket für südafrikanische Verhältnisse nicht überdimensioniert ist. Die Wirtschaft befand sich schon vor der Corona-Krise in einer Rezession. Der Staat lebt seit Jahren über seine Verhältnisse. Das schließt die Milliarden-subsidien für die großen Staatsbetriebe mit ein. Die heimische Währung, der südafrikanische Rand, verliert seit Jahren an Wert und die Reallöhne sinken. Im März setzte Moodys als letzte große Ratingagentur Südafrikas Kreditwürdigkeit auf ein Ramschniveau herab, so dass die Finanzierung der Schulden teurer werden wird. Sofern die Regierung die Corona-Krise nicht für mutige Wirtschaftsreformen nutzt, droht dem Land eine langanhaltende Rezession.³

Entwicklungsdefizite unterminieren Anti-Corona-Maßnahmen

Südafrika ist ein Land mit zwei Gesichtern. Auf der einen Seite verfügt es über eine diversifizierte Volkswirtschaft, die in den internationalen Handel eingebunden ist. Es gibt Zentren des technologischen Fortschritts und weite Teile der Bevölkerung genießen einen sehr guten Lebensstandard. Auf der anderen Seite gibt es das arme Südafrika, das die gleichen Entwicklungsdefizite aufweist wie andere afrikanische Länder. Dies wird nicht nur mit Blick auf die ökonomische Ungleichheit deutlich, sondern ebenso in den Bereichen Bildung, Transport und Gesundheit. Schutzmaßnahmen, wie ein Lockdown, sind nur für einen Teil der Bevölkerung möglich und deren mittelfristige Wirkung daher fraglich. Die Mehrheit der Südafrikaner kann die Zeit der Ausgangssperre finanziell nicht überbrücken und sich ebenso wenig vor der Ausbreitung des Corona-Virus effektiv schützen. Es besteht die realistische Sorge, dass eine Infizierungswelle erst noch bevorsteht. Sobald die dicht besiedelten Townships stark betroffen sind, können selbst die besten Absichten und Bemühungen der Regierung nicht mehr helfen.

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss Demokratie in Südafrika stärken

Die Corona-Krise konfrontiert Südafrika mit den jahrelangen Versäumnissen und unterlassenen Reformen im Wirtschaftsbereich und bei der Korruptionsbekämpfung der ANC-Regierungen. Noch ist der ANC der alles beherrschende politische Akteur im Land. Doch der sich durch das neuartige Corona-Virus verstärkende soziale Druck und die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der Regierung werden mittel- oder langfristig dazu führen, dass die Regierungspartei an Popularität und somit die Mehrheit in der Nationalversammlung verliert. Falls nur wenige Prozentpunkte zur Mehrheit fehlen, wird der ANC versuchen, eine Koalitionsregierung mit einer der vielen Kleinstparteien zu bilden. In diesem Szenario würde sich nicht viel ändern. Möglich ist aber auch, dass ein Koalitionsbündnis aus Oppositionsparteien in vier oder neun Jahren die Regierungsgeschäfte übernimmt. Sicherlich könnte ein solch ungewöhnliches Koalitionsbündnis nicht ohne die liberale *Democratic Alliance (DA)* und die linksradikalen *Economic Freedom Fighters*

(EFF) zustande kommen. Damit letzteres Szenario Erfolg hat, bedarf es weiterer konstruktiver Oppositionsparteien der demokratischen Mitte. Nur wenn die ökonomische Vernunft in dieser Koalition überwiegt – und das bedeutet eine Eindämmung der EFF – könnte sie zu besseren Ergebnissen kommen als die bestehende ANC-Regierung.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist gut beraten, Südafrika vor allem in der demokratischen Entwicklung weiterhin zu unterstützen, wie es das entwicklungspolitische Instrument der Politischen Stiftungen vorsieht. Nicht ohne Grund sind alle sechs deutschen Politischen Stiftungen in Südafrika präsent. Als starke afrikanische Volkswirtschaft hat Südafrika eine große Strahlkraft in die Region. Die angrenzenden Nachbarländer, insgesamt rund 50 Millionen Einwohner, hängen von Südafrikas Wirtschaft ab. Auch deutsche Unternehmen sind in Südafrika zahlreich vertreten. Die Geschäftsaussichten sind vorerst düster, doch gilt der Standort Südafrika weiterhin als Hub für Geschäfte mit Afrika und hat somit entwicklungspolitische Relevanz. Als G20-Land kann Südafrika zudem eine wichtige regionale Führungsrolle einnehmen. Deutschland sollte das Land trotz diverser Ernüchterungen entwicklungspolitisch eng begleiten.

DR Kongo: Ein Land mit Systemfunktion

Benno Müchler

Sechseinhalbmal so groß wie Deutschland, umgeben von neun Nachbarländern im Zentrum Afrikas, spielt die DR Kongo eine Schlüsselrolle für die Stabilität der zentralafrikanischen Region. 2019 löste Félix Antoine Tshisekedi den früheren Präsidenten Joseph Kabila ab und brachte erste Reformen zur Korruptionsbekämpfung auf den Weg. Eine schwere COVID-19-Krise könnte Entwicklungserfolge zunichtemachen und die gesamte Region, wie schon während der zwei Kongo-Kriege in den 1990er Jahren, destabilisieren.

Stand der COVID-19-Fälle

Am 10. März 2020 gab der Gesundheitsminister den ersten COVID-19-Fall bekannt. Rund zweieinhalb Monate später sind die Zahlen offiziell auf 2.297 und 66 Todesfälle gestiegen (Letalität: 2,8 Prozent).⁴ Das Epizentrum ist mit 2.106 Fällen die 12-Millionen-Einwohner große Hauptstadt Kinshasa. Weitere sechs Provinzen des Landes sind betroffen. Mangels Testmöglichkeiten ist jedoch von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Nach Angaben des Premierministers gibt es aktuell nur 500 Notfallbetten im Land.⁵

Maßnahmen der Regierung

Im Kampf gegen die Pandemie suspendierte Präsident Tshisekedi zunächst internationale Flüge aus Europa und China und erweiterte dies später um Inlandsflüge, um die Ausbreitung innerhalb des Landes einzuschränken. Der Handelsverkehr zu Luft und See wurde davon ausgenommen. Tshisekedi verhängte den Notstand und bildete einen Krisenstab um den renommierten Arzt Jean-Jacques Muyembe, der im Kampf gegen Ebola wichtige Arbeit geleistet hatte. Schulen, Universitäten, Restaurants und Diskotheken wurden geschlossen, Gottesdienste und Beerdigungen untersagt.⁶ In Kinshasa wurden die maximal zugelassenen Fahrgastzahlen im Personennahverkehr reduziert. Mitte April erließ der Gouverneur eine zweiwöchige Ausgangssperre für das besonders betroffene Wirtschafts- und Regierungszentrum der Hauptstadt, Gombe, welche inzwischen insofern gelockert wurde, dass die dort

lebenden Menschen sich wieder außer Haus begeben und einkaufen gehen können. Seit kurzem gilt in ganz Kinshasa eine Maskenpflicht. Bei Nicht-Einhaltung droht ein Bußgeld von umgerechnet 3 US-Dollar (USD). Das durchschnittliche Monatseinkommen in der DR Kongo liegt bei 36 USD.

Ökonomische Abfederung der Krise

Eine Krise würde die DR Kongo, eines der ärmsten Länder der Welt, hart treffen. So gehörte es zu den 25 Ländern, die der IWF Mitte April für zunächst sechs Monate von der Tilgung seiner Schulden befreite, damit es diese Mittel im Kampf gegen die Pandemie einsetzen kann. Zusätzlich stellte der IWF dem Land Mittel i.H.v. von rund 360 Mio. USD zur schnellen Finanzierung von Hilfsmaßnahmen zur Verfügung. Die kongolesische Regierung hat ein Krisenbudget für 12 Monate von rund 135 Mio. USD aufgestellt.⁷ Dies entspricht rund 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Folgen für die Region

Trotz der Maßnahmen hat sich das Virus in Kinshasa auf weitere Stadtteile übertragen. Viele Menschen halten sich nicht an die Vorschriften, nach wie vor kommt es zu großen Menschenansammlungen. Der Polizei fehlen die Kapazitäten, die Regelungen durchzusetzen. So ist es möglich, dass die COVID-19-Pandemie in der DR Kongo zu hohen Todeszahlen führt und Armut und Hunger wachsen. Bereits jetzt ist eine Verteuerung von Lebensmittelpreisen feststellbar.⁸ Die schon vor der Krise schwachen Weltmarktpreise für die wichtigen Exportgüter Kupfer und Kobalt sind mit der COVID-19-Pandemie weiter gesunken, wenngleich der Preis für Kupfer seit April wieder steigt. Die kongolesische Regierung rechnet mit einer Rezession von -2,2 Prozent in diesem Jahr.⁹ Die Schließung der Grenzen, etwa zwischen Ruanda und der DR Kongo, hat zahlreichen kleinen Händlern vorübergehend ihre Lebensgrundlage entzogen.¹⁰ Bauern fürchten, dass sie für ihre Ernte keine Abnehmer finden. Sollte der bereits heute fragile Staat im Chaos versinken, droht eine Destabilisierung der gesamten zentralafrikanischen Region. Über 70 Rebellengruppen halten sich im Land auf, vor allem im Ost-Kongo, und finanzieren sich teils durch illegalen Bergbau. Sie könnten die Lage nutzen, um ihre Macht auszubauen. Weitere Minen, die zurzeit durch globale Bergbauunternehmen betrieben werden, könnten zur Zielscheibe werden.

Neue Akteure bei Transformationen

Sollte es gar zu politischen Umstürzen kommen, könnten neue Akteure aufstreiben und an die Stelle der bisherigen politischen Machthaber treten. Der aktuelle Präsident Félix Antoine Tshisekedi ist erst seit kurzem im Amt und genießt trotz seiner umstrittenen Wahl Vertrauen in der Bevölkerung. Deshalb könnte er sich auch in einer neuen Regierung wiederfinden. Kurz vor der Krise hatte er in einem bis dahin einmaligen Schritt – der Maßnahmen von Angolas Präsident Lourenço ähnelt – mehrere bekannte Unternehmer und hohe Regierungsmitglieder aufgrund mutmaßlicher Korruptionsvergehen verhaften lassen. Dieses Vorgehen erreichte sogar seinen eigenen Kabinettschef. Das politische Signal, dass niemand mehr unberührbar sei, ist nicht zu unterschätzen.¹¹ Politisch isoliert würden sich hingegen vermutlich langjährige Mitglieder des Kabila-Regimes, wie Joseph Kabila selbst, wiederfinden. Aufgrund jahrelanger Misswirtschaft gelten sie vielen Menschen als hauptverantwortlich für den schlechten Zustand des Landes und dürften auch mitverantwortlich dafür gemacht werden, dass Präsident Tshisekedi bislang nicht größere Reformen umsetzen konnte. Kabilas Parteienkoalition hält trotz des Verlusts des Präsidentenamtes die Macht in beiden Parlamentskammern und in nahezu allen 26 Provinzregierungen.

Doch auch in Kabilas Parteienbündnis sowie insgesamt in den großen Parteien mit Systemfunktion finden sich heute viele jüngere und moderne Akteure, die bislang jedoch kaum in Regierungsverantwortung standen und denen man Glauben schenken kann, dass sie ihr Land weiter entwickeln möchten. Potenziell neue politische Akteure im Zuge einer Machtverschiebung könnten außerdem der oftmals als tatsächlicher Gewinner der Präsidentschaftswahl benannte Martin Fayulu, der 2018 als Außenseiter mit seiner kleinen, als liberal eingestuften ECiDé-Partei angetreten war, sowie der unternehmerisch unabhängige, sehr engagierte frühere Gouverneur von Katanga, Moïse Katumbi, sein. Große Bedeutung würde ebenso der Katholischen und der Vereinigung der Protestantischen Kirchen zukommen. Es war vor allem ihr Verdienst, dass die mehrmals verschobene Präsidentschaftswahl Ende 2018 schließlich doch stattfinden konnte. Sie gelten als moralisch höchste Instanz. So muss es als große Niederlage angesehen werden, als Präsident Tshisekedi sie in der aktuellen Krise mit der Verwaltung des von ihm aufgelegten Sozialhilfsfonds für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft beauftragen wollte, die Kirchengipfel dieses Amt jedoch dankend ablehnten, um sich im Falle von Veruntreuung von Geldern zu schützen.¹² Nach wie vor gehört die Korruption zu den größten Problemen im Land. Zu glaubwürdigen Akteuren zählen auch Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege, der gute Kontakte nach Deutschland besitzt, der Arzt Jean-Jacques Muyembe, der den medizinischen Stab in der COVID-19-Krise leitet, sowie der frühere kongolesische Basketballprofi Dikembe Mutombo, der unter anderem Afrika-Botschafter der US-amerikanischen *National Basketball Association (NBA)* ist und in Kinshasa ein Krankenhaus betreibt.

Hohes Gewicht besitzt zudem der Kongolesische Unternehmerverband (FEC). Er umfasst die Führungskräfte zahlreicher privater Unternehmen, die größtenteils in Europa ausgebildet wurden, insbesondere in Belgien, wo sich die größte kongolesische Diaspora befindet. Durch Kooperationen im universitären Bereich mit der Universität von Würzburg und der *Frankfurt School of Finance* gibt es mittlerweile auch ein kleines Netzwerk in Deutschland ausgebildeter Kongolesen.

Mögliche Felder für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Vor der COVID-19-Pandemie waren die nächsten Regierungsverhandlungen mit der DR Kongo im Juni 2020 geplant. Unter Berücksichtigung der Krise könnte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit künftig zwei Bereiche als strategisch identifizieren und ihren Schwerpunkt verlagern. So könnte Deutschland nach der Krise den Aufbau von Krankenhäusern und Kliniken leisten und dieses als Teil eines überregionalen Vorgehens in Afrika tun. Die neue Strategie des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) bietet hierfür Ansätze.¹³ So sieht das Konzept „BMZ 2030“ für die Arbeit an grenzübergreifenden Themen unter anderem sogenannte „globale“ wie „Nexus- und Friedenspartnerschaften“ vor. Das BMZ könnte Synergieeffekte nutzen, die beim Aufbau der Gesundheitssysteme in den einzelnen Ländern entstehen und seine Position als Akteur in der globalen Gesundheit unterstreichen. So hat Bundesentwicklungsminister Müller bereits den Ausbau der WHO zu einem globalen Pandemiezentrum vorgeschlagen.¹⁴

Ein zweiter strategischer Bereich ist die Bildung. Für Präsident Tshisekedi hat das Thema herausragende Bedeutung. Für wichtige von ihm angestoßene Reformen wie die kostenlose Grundschulausbildung wird ihm nach der Krise jedoch das Geld fehlen. Deutschland kann an diesem Punkt ansetzen und den Präsidenten unterstützen. Der Aufbau der maroden Universitäten des Landes, welche die deutsche Entwicklungsagentur GIZ in anderen afrikanischen Ländern schon geleistet hat, könnte der großen jungen Bevölkerung Perspektiven schaffen und die Sichtbarkeit Deutschlands als Partner der DR Kongo deutlich erhöhen.

Im gleichen Atemzug ist der Ausbau von Stipendien zu nennen, deren Bedeutung Minister Müller mehrfach hervorgehoben hat. In Kinshasa gibt es seit 2016 ein Goethe-Institut, welches jedoch keine Sprachkurse und -prüfungen anbietet. Viele qualifizierte Kongolesen können deshalb nicht die Hürde nehmen, die vor einem Studium in Deutschland steht. In Zusammenarbeit mit den politischen Stiftungen, die gute Netzwerke in die Universitäten besitzen und Stipendien vergeben, könnten das BMZ und das Auswärtige Amt, in deren Förderung die Goethe-Institute liegen, diesen Bereich ausbauen.

Deutschland gilt als Vorbild und ist eines der Länder, die die Krise bislang am besten gemeistert haben. Die Nachfrage an Informationen aus und über Deutschland in englischer und französischer Sprache war bereits vor der Krise groß und ist weiter gewachsen. Die Themen Gesundheit und Ernährung dürften nach der Krise neben Wirtschaft und Bildung an die Spitze der politischen Agenda treten und den Bedarf an Beratung und Expertise deutlich erhöhen, um die nationale Politik zu gestalten und an internationalen Verhandlungen teilzunehmen.

Die Auswirkungen von COVID-19 in Mali

Thomas Schiller

Corona-Pandemie in Mali: aktuelle Lage

Das Corona-Virus hat die Sahelregion und damit auch Mali Anfang März 2020 erreicht. Die Anzahl der durch Tests bestätigten Fälle in Mali liegt Ende Mai (Stand: 25. Mai) nach Angaben des Gesundheitsministeriums bei 1.059. Darunter befinden sich auch einige Angehörige der Ausbildungsmission der Europäischen Union (EUTM) und der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA). 67 Menschen sind an COVID-19 verstorben, 604 gelten als geheilt. Es wird von einer hohen Dunkelziffer von Infizierten ausgegangen, nicht zuletzt, weil die Testkapazitäten in Mali sehr beschränkt sind.¹⁵

Die malische Regierung hat bisher mit einer Reihe von Maßnahmen auf den Virusausbruch reagiert. Versammlungen von über 50 Personen, Seminare oder Konferenzen wurden verboten. Die Einhaltung von Hygieneregeln (Vermeidung von Körperkontakt, Hände waschen, u.Ä.) wird offensiv propagiert und nahezu überall, beispielsweise an den Eingängen von Banken, Geschäften oder Restaurants, auch praktiziert. Das Tragen von Gesichtsmasken im öffentlichen Raum ist seit kurzem verpflichtend. Ferner wurden in Bamako medizinische Zentren zur Isolation der positiv getesteten Fälle eingerichtet. Die Einreise nach Mali war bis vor kurzer Zeit nur im Verbund mit einer anschließenden 14-tägigen Quarantäne möglich. Allerdings gab und gibt es so gut wie keine kommerziellen Flüge von und nach Bamako mehr, lediglich die Luftwaffen einiger Truppensteller von EUTM und MINUSMA – darunter auch die Bundeswehr – fliegen Bamako noch relativ regelmäßig an.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten hat Mali zu keinem Zeitpunkt Geschäfte, Märkte oder Restaurants geschlossen. Auch Moscheen wurden nicht geschlossen; gemeinsame Gebete finden nach wie vor statt. Anders in Niger, wo gemeinsame Gebete in Moscheen untersagt wurden und es in der Folge zu zahlreichen – auch gewalttätigen – Demonstrationen gegen dieses Verbot kam. Durch die sehr begrenzten Maßnahmen der Regierung Malis wurden bisher größere Unruhen aufgrund von Anti-Corona-Maßnahmen wie in Niger vermieden. Die massiven Ausschreitungen der vergangenen Tage in Kayes können nicht auf die Anti-Corona-Maßnahmen zurückgeführt werden, sondern sind Ausdruck von Protest nach der Tötung eines Jugendlichen durch einen Polizisten. Der malischen Regierung ist

deutlich bewusst, dass ein wirklicher Lockdown weder durchsetzbar, noch praktikabel wäre, da eine große Mehrheit der Bevölkerung für ihr Überleben auf die alltägliche Arbeit angewiesen ist. Staatspräsident Keita erklärte am 19. April am Rande seiner Stimmabgabe bei den Parlamentswahlen, dass es unmöglich sei, die Malier zuhause „zu blockieren“ und sie damit zum Hungertod zu verurteilen.

Die religiösen Führer des Landes reagieren unterschiedlich auf den Virusausbruch: während die katholische Kirche seit Ende März keine Messen in ihren Kirchen mehr feiert, bleiben die Moscheen in Zeiten des Fastenmonats Ramadan geöffnet. Der einflussreiche Imam Mamadou Dicko verwies darauf, dass der Staat die Entscheidung über eine Schließung der Gotteshäuser zu treffen habe. Bisher ist dies nicht geschehen, für viele Beobachter ein Zeichen der Schwäche des Staates gegenüber den einflussreichen Vertretern der islamischen Glaubensgemeinschaft. Auch kam es zuletzt in mehreren Städten des Landes zu Unruhen: vor allem junge Malier protestierten gegen die Ergebnisse der Parlamentswahlen, aber auch gegen die nächtliche Ausgangssperre. Diese Ausgangssperre wurde am 09. Mai wieder aufgehoben. Es gibt allerdings keine landesweite politische Figur oder Organisation, die diese Proteste tragen würde.

Die internationalen Organisationen in Mali haben ihre Arbeit deutlich zurückgefahren. Viele Mitarbeiter der MINUSMA in Bamako arbeiten im Homeoffice, auch in den Camps im Norden Malis wurden Maßnahmen zur Kontaktminimierung getroffen. Die EUTM hat die Ausbildungsmaßnahmen mit den malischen Streitkräften eingestellt, die zivile EU-Mission EUCAP hat sogar nahezu alle Mitarbeiter Ende März aus Bamako abberufen. Auch die Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit können nur noch sehr eingeschränkt arbeiten, viele internationale Mitarbeiter haben das Land verlassen.

Kurzfristige Auswirkungen

Bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie war die Lage in Mali und im Sahelraum insgesamt kritisch. Die Sicherheitslage in der gesamten Region hat sich in den letzten Jahren weiter dramatisch verschlechtert. Auf die absehbar problematische Ernährungslage haben internationale Institutionen wie das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) bereits Ende des Jahres 2019 hingewiesen. Auch die defizitäre Infrastruktur – nicht allein des Gesundheitssystems – war und ist ein zentrales Problem aller Staaten der Region.

Die globale Corona-Pandemie wird nach Einschätzung vieler Beobachter erhebliche kurzfristige Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in der Sahelregion und damit auch Malis haben. So können unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung der drohenden Nahrungsmittelkrise aktuell nur sehr schwer umgesetzt werden. Dies kann nicht allein kurzfristige Folgen im Bereich der humanitären Hilfe haben, sondern gefährdet auch die Nachhaltigkeit zahlreicher bereits seit längerem laufender Projekte. Allerdings ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass bereits vor der Corona-Pandemie die instabile Sicherheitslage zahlreiche Entwicklungsprojekte und die humanitäre Hilfe in vielen Landesteilen deutlich erschwert beziehungsweise unmöglich gemacht hat.

Die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen betreffen nun aber zudem die internen Prozesse und die Handlungsfähigkeit der internationalen Organisationen. Kurzfristig ergeben sich auch Erschwernisse für die Stabilisierungsanstrengungen im Sicherheitsbereich.

So erschwert sich beispielsweise der Kontingentwechsel der Bundeswehr im Rahmen von MINUSMA durch die nunmehr geltenden Quarantäneregelungen. Deutsche Soldaten müssen vor und nach der Einreise Quarantänezeiten einhalten; gleiches gilt für die französischen Soldaten der Anti-Terror-Operation Barkhane.

Die krisengeplagte malische Bevölkerung reagiert bisher relativ besonnen mit Blick auf die Corona-Pandemie. Selbst die beiden Wahlgänge der Parlamentswahlen in Mali am 29. März und 19. April 2020 fanden trotz der Corona-Krise und ohne größere Zwischenfälle statt. Welche mittel- und langfristigen politischen und ökonomischen Folgen die Pandemie und der globale Wirtschaftseinbruch für Mali haben werden, ist bisher noch nicht absehbar. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die ohnehin schon dramatische Perspektivlosigkeit der großen Mehrheit der Bevölkerung weiter verschärfen wird, sollte auch Mali von dem Schock einer weltweiten Wirtschaftskrise getroffen werden, beispielsweise durch eine Reduzierung der Entwicklungszusammenarbeit in der Folge von Sparmaßnahmen in den Haushalten der Geberländer in den kommenden Jahren.

Langfristige Konsequenzen

Die direkten Auswirkungen der Corona-Krise auf das weitere langfristige internationale und deutsche Engagement in Mali und der Sahelregion dürften gering sein. Die Sahelregion war bereits vor der Krise in einer dramatischen Lage und deshalb ein Schwerpunkt des internationalen und auch deutschen sicherheits- und entwicklungspolitischen Engagements. Die Stabilisierungsanstrengungen in der Region vor dem Hintergrund der dreifachen Krise in den Bereichen Sicherheit, Ernährung und der fehlenden Perspektiven für eine junge Bevölkerung waren und sind auch unabhängig vom Corona-Virus eine enorme Herausforderung. Ohne effektive und effiziente Kernfunktionen des Staates – eine staatliche Basisversorgung im Gesundheitswesen ist nur ein Element davon – wird eine Bewältigung dieser drei Herausforderungen (instabile Sicherheitslage, Ernährungskrise und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit) nicht gelingen. Der aktuelle globale Fokus auf die Eindämmung der Corona-Pandemie darf nicht davon ablenken, dass sich die Sahelstaaten diesen fundamentalen Herausforderungen gegenübersehen. Aus diesem Grund sollte der Fokus der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin auf der Stärkung der fragilen Staaten als Grundvoraussetzung einer stabilen Entwicklung im Sahel liegen.

Ivorische Ruhe vor dem Sturm?

Florian Karner

Aktuelles Lagebild

Die aktuelle Lage in Côte d'Ivoire ist relativ übersichtlich und ruhig. Das erste positive Testergebnis für COVID-19 wurde am 11. März 2020 bekannt gegeben. In der Folge wurden schon ab dem 16. März öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Universitäten sowie Restaurants und Bars geschlossen. Auch Kirchen und Moscheen mussten ihre Pforten für Gläubige schließen. Präsident Ouattara rief in einer Fernsehansprache am 23. März in ruhigem, aber bestimmten Tonfall den nationalen Notstand mitsamt einer nächtlichen Ausgangssperre aus und verlangte von der Bevölkerung ausdrücklich Disziplin bei der Befolgung von Hygiene- und Abstandsregeln. Der Notstand galt vorerst bis zum 15. Mai, die nächtliche Ausgangssperre und die Schließung öffentlicher und privater Einrichtungen wurden in einer weiteren Rede des Präsidenten am 07. Mai für das Landesinnere aufgehoben, dies gilt mittlerweile auch für den Großraum Abidjan. Auch die Landesgrenzen sind seit dem 23. März dicht und bleiben vorerst bis Ende Mai geschlossen. Sonderflüge

knüpft die ivoirische Regierung mittlerweile an humanitäre Notwendigkeiten, viele im Land lebende ausländische Staatsbürger sind bereits ausgereist. Dies vor allem aus medizinischer Vorsicht oder Angst vor möglichen sozialen Unruhen. Gleichzeitig besteht ein Mindestmaß an öffentlichem Leben unverändert fort: Märkte sind ebenso wie Supermärkte und Einkaufszentren geöffnet, wenn auch zeitlich verkürzt und unter der Auflage einer Maskenpflicht, Häuser und Wohnungen können tagsüber problemlos verlassen werden. Seit Anfang Mai erscheint Abidjan wieder deutlich lebendiger als zuvor, sogar die Verkehrsstaus sind zurückgekehrt und es scheint sich nach Wochen der Einschränkungen eine Müdigkeit gegenüber den einschränkenden Corona-Maßnahmen abzuzeichnen. Verstärkt wird diese Tendenz durch die erfolgten Lockerungsmaßnahmen in Nachbarstaaten wie Ghana und Burkina Faso.

Umgang mit dem Virus

In Côte d'Ivoire gibt es mittlerweile 2.376 positiv getestete, 1.219 genesene und 30 verstorbene Personen.¹⁶ Bisher sind nur 18 der 33 Provinzen mit Einzelfällen betroffen. Der Regierung ist es mit dem Verbot, den Großraum Abidjan zu verlassen, bislang gelungen, die Ausbreitung des Virus auf Abidjan zu begrenzen. Der Rest des Landes ist vom Wirtschaftszentrum abgeschnitten. Getestet wird, wer Symptome hat, tendenziell eher zur Mittelschicht gehört und entsprechend sensibilisiert wurde. Die durchgeführten Tests belaufen sich auf 23.444.¹⁷

Die Regierung setzt auf umfangreiche Sensibilisierungsmaßnahmen auf Plakaten, in Fernsehen und Radio, den sozialen Medien und per SMS. Die obligatorische Nutzung von Schutzmasken nimmt schrittweise zu. Eine Ausgangssperre oder *Social Distancing*-Maßnahmen wie in verschiedenen Ländern Europas wären faktisch unmöglich. Eine Vielzahl von hier lebenden Menschen befindet sich permanent draußen, zum Arbeiten, zum Essen, aber auch zum Schlafen.

Das ivoirische Gesundheitssystem wäre wie die meisten afrikanischen Pendanten nicht in der Lage, einen Ansturm intensivmedizinisch zu behandelnder Personen zu bewältigen. Laut WHO-Angaben gibt es derzeit 80 Intensivbetten, 20 davon mit Beatmungsgeräten. Die Regierung plant, diese Kapazitäten auszubauen, insbesondere in Abidjan. Doch auf die Schnelle wird sich das Gesundheitssystem nicht entsprechend modernisieren lassen. Schon deshalb ergibt das *flatten the curve*-Prinzip im lokalen Kontext wenig Sinn. Ob linear oder exponentiell, die Kapazitäten der Gesundheitsversorgung würden sehr schnell nicht mehr ausreichen, um Erkrankte entsprechend zu behandeln.

Stunde der Exekutive

Auch in Côte d'Ivoire ist die COVID-19-Pandemie die Stunde der Exekutive. Mittel der Wahl ist das Dekret (*ordonnance*) des Präsidenten. Die Regierung hat schnell und umfassend auf die ersten Krankheitsfälle reagiert, wohlwissend, dass nur ein Mittelweg bei den einschränkenden Maßnahmen die Lösung sein kann. Eine vollständige Ausgangssperre wäre zum einen unmöglich durchzusetzen und würde zum anderen zu erheblicher Unruhe in der Bevölkerung führen. Die Regierung profitiert dabei von den Erfahrungen aus der Ebola-Eindämmung in den Jahren 2014-2016. Die Regierung hat zudem alternative politische Akteure wie Religionsvertreter und auch viele Unternehmer hinter sich versammeln können, um an einem Maßnahmenstrick zu ziehen.

Das Parlament, das normalerweise nach einer sitzungsfreien Zeit zwischen Januar und März zum 1. April jeden Jahres seine Arbeit wieder aufnimmt, ist nach wie vor in Corona-Zwangsferien – bislang ohne ein neues Datum für einen Sitzungsauftritt 2020. Eine Übergangsregelung sieht vor, dass – aufgeteilt nach Mehrheitsverhältnissen – 40 Parlamentarier eine Art parlamentarischen Notbetrieb durchführen. Dies trifft den institutionell sowie nur mit einem schwachen Status ausgestatteten Parlamentarier hart. Einen Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter, wie man es aus Europa gewohnt ist, haben die Parlamentarier meistens nicht, oft mangelt es an technischer Ausstattung der Mitarbeiter, die sich freiwillig engagieren. Virtuelle Meetings zieht man hier nicht so einfach aus dem Hut. Im Vorfeld der Wahlen wiegt dies besonders schwer.

Dies ist nicht nur im Parlament so. Auch die Arbeit der Zivilgesellschaft ist stark eingeschränkt. Digital Natives mag es geben, aber sie sind rar. Es mangelt an Ausstattung, schneller Internetverbindung und PC-Kenntnissen. Homeoffice sieht in den bevölkerungsreichen Bezirken Abidjans anders aus als in den meisten europäischen Städten und ist für viele Berufstätige kein erstrebenswerter Zustand.

Am ursprünglichen Fahrplan für die Präsidentschaftswahlen hält man bisher fest. Die Zeitfenster und Fristen, insbesondere zur Aktualisierung der Wählerliste, die drei Monate vor der Wahl abgeschlossen sein muss, wurden angepasst, um den Termin am 31. Oktober 2020 zu halten. Anderes war auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erwarten. Die Regierung hat bislang kein Interesse, die Wahl zu verschieben. Täte sie es heute, knapp sechs Monate vor dem Wahltermin, würden die Opposition und auch Teile der Zivilgesellschaft sie der organisatorischen Unfähigkeit bezichtigen. Außerdem hofft sie insgeheim auf einen Sieg in der ersten Runde. Und die Chancen dazu stehen nicht allzu schlecht, denn der Opposition fällt es vor allem in der jetzigen Situation schwer, sich zu sammeln und politisch zu profilieren.

Viele Fragezeichen

Vor Ort gibt es viele Fragen. Zu wenige Daten sind erhoben, wie das Virus auf die hiesigen demographischen und klimatischen Rahmenbedingungen reagieren wird. Dreiviertel der Bevölkerung Côte d'Ivoires ist unter 35 Jahren alt. Die Hypothese, dass COVID-19 beim Großteil dieser jungen Bevölkerung asymptomatisch oder milder verläuft und dass somit insgesamt weit weniger schwer verlaufende Fälle oder Todesopfer zu beklagen sein werden, liegt nicht fern.

Die niedrige Testanzahl lässt auf eine hohe Dunkelziffer positiver Fälle in der Bevölkerung schließen. Diejenigen, die mit Symptomen wie leichtem Fieber oder Erkältungsanzeichen überhaupt zum Arzt gehen, werden unter normalen Umständen mehrheitlich mit herkömmlichen Grippemitteln behandelt. Auch in der jetzigen Situation wird bei weitem nicht jeder symptomatische Patient einem COVID-19 Test unterzogen, wenngleich der Präsident deren kostenlose Durchführung versprochen hat. Dieser Reflex liegt nicht nur an den begrenzten Testkapazitäten. In den Köpfen vieler Ivorer reiht sich COVID-19 ein in eine lange Reihe alltäglicher Tropenkrankheiten. Durchfallerkrankungen, Tropenfieber oder die nach wie vor allgegenwärtige Malaria, an der jährlich nach wie vor tausende Ivorer sterben, vor allem Kinder. Côte d'Ivoire gehört zu den sechs afrikanischen Staaten, auf die die Hälfte aller weltweiten Malaria-Fälle zurückzuführen ist. COVID-19 erscheint auf den ersten Blick also gar nicht als prioritäres Problem, da das Virus hier, anders als in Europa, auf eine deutlich weniger sterile und durchorganisierte Umgebung trifft. Vielmehr könnte der Fokus

der staatlichen Einrichtungen auf die COVID-19-Bekämpfung zur Vernachlässigung des Kampfs gegen andere, ebenso gefährliche und omniprésente Krankheiten wie Malaria führen. Man ist fast geneigt zu behaupten, dass Malaria bei einer ähnlich ernsthaften Herangehensweise der politischen Akteure wie bei COVID-19 nur noch ein medizinisches Randphänomen wäre.

Vertrauensverlust der Politik

Die Warnungen der Regierung über die Gefahrenlage von COVID-19 scheinen in der ivoirischen Bevölkerung nicht anzukommen. Trotz umfangreicher Sensibilisierungsmaßnahmen herrschen Zweifel nicht nur an der Existenz der Krankheit im Land, sondern auch und vor allem an der Notwendigkeit der staatlichen Einschränkungsmaßnahmen. „Wir haben weder einen Kranken noch einen Geheilten gesehen, wir glauben nicht an diese Krankheit“ hört man nicht selten von der einfachen Bevölkerung, insbesondere außerhalb von Abidjan. Da nützen auch die öffentlichkeitswirksamen Auftritte des in der Bevölkerung beliebten Verteidigungsministers Hamed Bakayoko und von Präsidentschaftsleiter Patrick Achi, die ihre positiven Testergebnisse bekannt gaben und die Bevölkerung innig um Beachtung der hygienischen Präventivmaßnahmen baten, nichts. Das zerrüttete Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der politischen Klasse wird auch in der COVID-19-Krise überdeutlich.

Hinter lokal produzierten Masken werden Geschäftsvorteile Weniger vermutet und dass die internationalen Hilfen tatsächlich bei den bedürftigen Bevölkerungsteilen und notleidenden Institutionen ankommen, bezweifeln viele. Dass die Politik einen bedeutenden Teil der Gesellschaft nicht mehr erreicht, zeigte sich zuletzt in der Zerstörung eines geplanten Testzentrums durch die Anwohner.

Sozioökonomische Auswirkungen

Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise sind garantiert, auch wenn es für eine substanzielle Bestandsaufnahme noch zu früh ist. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird sich laut Premierminister Amadou Gon Coulibaly mindestens auf 3,6 Prozent halbieren oder sogar – so das *Worst-Case*-Szenario – nur 0,8 Prozent betragen, je nachdem wie lange die Krise andauert. Die Regierung versucht mit einem ganzen Strauß an Maßnahmen dagegen zu steuern. Im Rahmen des *Plan de Soutien Economique, Social et Humanitaire* (PSESH) sind insbesondere Steuerstundungen für Unternehmen, Unterstützungsfonds für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und größere Unternehmen, den ausgeprägten informellen Sektor sowie ein Hilfsfonds für besonders vulnerable Teile der Bevölkerung zu nennen. Der wirtschaftlich zentrale Kakaosektor soll durch Exportzuschüsse gestützt und die lokale Weiterverarbeitung gefördert werden. Der einflussreiche Unternehmerverband für Industrie und Dienstleistungen qualifiziert die Regierungsvorschläge als teilweise nicht zielführend und kompliziert in der Umsetzung. Die Bedürftigkeitskriterien bleiben Betroffenen zum Teil unklar.

Für die Stabilität des Landes könnte entscheidend sein, wie gut der Großteil der informell beschäftigten Bevölkerung durch die Krise kommt. Die Abschottung des Landes nach außen und die faktische Abtrennung Abidjans vom Rest des Landes führten zu Preisanstiegen, z.B. für Fleisch und Gemüse. Tagelöhner sind nicht mehr in der Lage, ihre täglichen Minimalerträge zu erwirtschaften. Für verschiedene Produkte des täglichen Lebens wurden mittlerweile Preisobergrenzen eingeführt. Ökonomischer Lichtblick in der Krise ist der Abidjaner Hafen, der überwiegend reibungslos funktioniert. Bisher kommt es lediglich zu Einschränkungen bei der Lieferung von verschiedenen Baustoffen, insbesondere Klinker, die auf absehbare Zeit die Bauwirtschaft negativ beeinträchtigen könnten.

Implikationen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Seit 2017 ist Côte d'Ivoire als einer von mittlerweile sechs afrikanischen Staaten offizieller Reformpartner Deutschlands. Die Partnerschaftsschwerpunkte Erneuerbare Energien und Energieeffizienz dürften jedoch zurzeit für die ivoirische Seite eine niedrige Priorität darstellen. Eine Erweiterung wäre für die Zusammenarbeit demnach ratsam und könnte die Themen Sicherheit, Beschäftigung und Demografie umfassen. Denn die erfolgte Schwerpunktsetzung im Rahmen einer Reformpartnerschaft bietet die Möglichkeit, mit dem ausgewählten Partner auf einer anderen Ebene der strategischen Zusammenarbeit zu agieren.

Côte d'Ivoire hat Deutschland um einen Beitrag zur Krisenbewältigung im Land gebeten. Ohne zu zögern wurden 15,5 Mio. EUR angefragt, anderen internationalen Kooperationspartnern wird es ähnlich ergangen sein. Eine positive Antwort Deutschlands würde die in den letzten Jahren stärker gewordene Kooperation zwischen beiden Ländern wohl weiter ausbauen und festigen. Gleichzeitig wäre der Fokus auf die alleinige Unterstützung multilateraler Mechanismen und Institutionen durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nicht ausreichend, weil die Empfängerländer unter Umständen schwer erkennen können, wann und wie sie davon direkt profitieren können. Ganz ohne bilaterale Hilfen wird man daher kaum auskommen können.

Keinesfalls sollte (noch mehr) generelle Budgethilfe geleistet werden, auch nicht über den Umweg der Afrikanischen Entwicklungsbank, an der Deutschland als drittgrößtes nicht-regionales Mitglied 4,1 Prozent des Kapitals hält. Davon rät auch ein Teil der ivoirischen Unternehmerschaft dringend ab. Dieses Geld werde nur zu einem geringen Teil dort ankommen, wo es benötigt werde. Eine Alternative sei konkrete, direkte Materialhilfe.

Deutschlands COVID-19 Engagement sollte sich darüber hinaus weiterhin im EU-Rahmen bewegen, um nicht nur die Wirkung von europäischer Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, sondern auch deren Außendarstellung zu verbessern und sich insgesamt von anderen Geberländern abzuheben. Côte d'Ivoire ist zwar noch kein Schwerpunktland chinesischen Engagements, aber auch hier arbeiten chinesische Akteure stetig am chinesischen Narrativ des Ausbruchs und der Bekämpfung des Virus – ob in der wirtschaftlich abhängigen ivoirischen Presse oder durch Geld- und Sachleistungen an ivoirische Institutionen. Am 30. April wurde am Flughafen Abidjan ein medizinisches Expertenteam aus China öffentlichkeitswirksam willkommen geheißen – wohlwissend auf Einladung der ivoirischen Seite.

Uganda im „Krieg“ gegen das Corona-Virus – Werden die Kollateralschäden zum eigentlichen Problem?

Mathias Kamp

Uganda ist krisenerprobt im Kampf gegen ansteckende Krankheiten. Zwar ist das ugandische Gesundheitssystem alles andere als gut ausgestattet – ganz im Gegenteil: in den Krankenhäusern und Gesundheitsstationen sind die Zustände oft erschreckend miserabel. Doch vor allem im Umgang mit Ebola konnte das Land sich das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft erarbeiten, indem es Ausbrüche des Virus – zuletzt im Sommer 2019 – schnell und effizient unter Kontrolle bringen konnte. Hinzu kommen ähnliche Erfahrungen im Umgang mit Ausbrüchen des Marburg-Virus und des Krim-Kongo-Fiebers, die

erfolgreiche Bekämpfung von Gelbfieber und Masern und nicht zuletzt Ugandas Ruf als Musterland im Kampf gegen Aids. So ist es kaum überraschend, dass sich Uganda im frühen Umgang mit der COVID-19-Pandemie durch beherztes Vorgehen auszeichnete und das Ansteigen der Fallzahlen vergleichsweise geringhalten konnte.

Frühe Reaktion auf die Pandemie

Noch vor dem ersten bestätigten Infektionsfall verhängte Ugandas Regierung strenge Maßnahmen, ordnete unter anderem die Schließung aller Schulen, das Verbot öffentlicher Versammlungen und eine verpflichtende Quarantäne für Einreisende an und stoppte Flüge aus Ländern mit hohen Infektionszahlen. Im Zuge weiterer Verschärfungen wurde ein generelles Einreiseverbot verhängt, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel verboten und schließlich sogar die Nutzung privater Pkw. Damit kam das öffentliche Leben im Land nahezu zum Erliegen.

Die Reaktionen auf die strikten Maßnahmen waren und sind gemischt. Auf der einen Seite hatten die Nachrichten und Bilder aus anderen Teilen der Welt auch in Uganda große Sorgen und Ängste ausgelöst. Entsprechend begrüßte die Mehrheit der Ugander das strenge Vorgehen. Vor allem die ugandische Gesundheitsministerin, selbst eine ausgebildete Medizinerin, konnte durch ihr professionelles Auftreten und strukturiertes Krisenmanagement punkten – auch wenn Präsident Museveni die Angelegenheit schnell verstärkt zur „Chefsache“ machte. Seit mehreren Wochen nun richtet sich der Präsident in regelmäßigen, meist abendlichen Fernsehansprachen an die Bevölkerung, erläutert die Maßnahmen und erinnert an die auferlegten Verhaltensregeln. Insgesamt scheint die Akzeptanz dieser Einschränkungen hoch zu sein. Gleichzeitig jedoch ist die Sorge vor den direkten und indirekten Auswirkungen dieses Lockdowns groß.

Drastische Maßnahmen bedrohen wirtschaftliche Existenzen

In Uganda, wie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent, stellt sich die Frage, ob eine Orientierung an den in westlichen Industrieländern praktizierten Maßnahmen gegen das Corona-Virus in Anbetracht der Umstände vor Ort praktikabel und sinnvoll ist. Einerseits sind die Warnungen deutlich: eine unkontrollierte Verbreitung des Virus könnte in Afrika im Kontext unzureichender Gesundheitsversorgung Hunderttausende oder gar Millionen von Toten fordern. Andererseits sind Abstandsregeln, Arbeitsverbote und strenge Hygienemaßnahmen beispielsweise in dicht besiedelten und verarmten Slum-Gebieten kaum umzusetzen. Und man darf nicht außer Acht lassen, dass im vorherrschenden Kontext von Armut und Instabilität auch die strikten Maßnahmen der Bekämpfung massive negative Folgen mit sich bringen werden, die nicht nur wirtschaftliche Existenzen, sondern auch Menschenleben bedrohen.

Vor allem in der ugandischen Hauptstadt Kampala sind die unmittelbaren wirtschaftlichen Herausforderungen enorm. Viele Menschen haben ihre Arbeitsplätze verloren oder bekommen ihr Gehalt nicht mehr ausgezahlt. Der informelle Sektor macht einen großen Teil der Wirtschaft aus. Für viele Ugander bedeutet das einen täglichen Kampf ums Überleben. Die meisten von ihnen haben keinerlei Rücklagen oder soziale Absicherungen. Nun bricht das Einkommen weg, gleichzeitig steigen infolge der Krise die Lebensmittelpreise. Das heißt in letzter Konsequenz, dass viele von ihnen schon nach wenigen Tagen nicht mehr „über die Runden“ kommen und unter Hunger leiden werden. Hinzu kommt die vergleichsweise drastische Maßnahme eines Nutzungsverbots nicht nur öffentlicher, sondern auch privater Verkehrsmittel. Diese Einschränkung im Personentransport bringt weitere Probleme mit sich, denn bei medizinischen Notfällen wird das Aufsuchen des nächsten Krankenhauses

nicht selten zum großen Problem. Die Antwort der Regierung: in solchen Notfällen könnten die lokalen Behörden schnelle Ausnahmegenehmigungen erteilen. Doch diese scheinen mit der Aufgabe überfordert, zumal sie ohnehin unter Korruption und Ineffizienz leiden. In den (sozialen) Medien häufen sich entsprechend Berichte über vermeidbare Todesfälle, z.B. durch Geburtskomplikationen bei mangelnder medizinischer Betreuung.¹⁸

Nothilfe für die Ärmsten – aber kein Masterplan für die Wirtschaft

Die unmittelbaren Folgen der Restriktionen sind also bereits spürbar. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass die langfristigen Folgen noch weitaus verheerender ausfallen könnten. Als vergleichsweise armes Entwicklungsland hat Uganda kaum Kapazitäten, um die wirtschaftlichen Schocks im Zuge der Corona-Krise auch nur annähernd abzufedern. Das Herunterfahren der heimischen Wirtschaft wird dies noch weiter verschärfen. Das bedeutet: mehr Arbeitslosigkeit, mehr Armut, mehr Hunger.

Die ugandische Regierung versprach mit Verhängung der drastischen Maßnahmen gleichzeitig auch die Umsetzung staatlicher Hilfsprogramme für die ärmsten Teile der Bevölkerung. Es lief unter anderem eine große Aktion zur Versorgung mit den nötigsten Lebensmitteln an, von der allein in Kampala rund 1,5 Millionen Menschen profitieren sollen. Doch nicht überall scheinen sie auch anzukommen, es mehren sich die Beschwerden von hilfsbedürftigen Ugandern, die nach wie vor auf Hilfe warten¹⁹. Und kaum war das Programm angelaufen, gab es einen ersten großen Korruptionsskandal. Vier hochrangige Mitarbeiter im zuständigen Büro des Premierministers wurden wegen Betrugsvorwürfen verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, mit Steuergeldern Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen eingekauft zu haben.²⁰

Grundsätzlich werden die Bemühungen der Regierung positiv aufgenommen, doch Experten vermissen eine klare Strategie im Umgang mit den wirtschaftlichen Herausforderungen. Hier ist aus Regierungskreisen bisher wenig zu vernehmen. Dabei wäre es dringend nötig, Haushalte und Betriebe zum Beispiel durch Steuerausnahmen oder finanzielle Nothilfen zu entlasten. Durch die pauschalen Maßnahmen des Lockdowns sind viele wirtschaftliche Tätigkeiten kaum mehr möglich, darunter vor allem die kleingewerbliche Produktion und die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Dies wäre durch gezieltere Auflagen in vielen Fällen durchaus vermeidbar. Klar ist, dass fast alle Sektoren der Wirtschaft akut unter der Krise leiden und auch langfristig mit großen Problemen zu rechnen haben. Das liegt nicht nur an den Lockdown-Maßnahmen, sondern vor allem auch an externen Faktoren wie dem Einbruch der Nachfrage in der für Uganda sehr wichtigen Tourismusbranche sowie dem nahezu stillstehenden Handel mit China.²¹

Politische Auswirkungen der Krise

Beobachter befürchten, dass die wirtschaftlichen Folgen auch mit politischen Turbulenzen und einem erhöhten Konfliktpotential einhergehen könnten. In Uganda sind größere Proteste bisher ausgeblieben und aktuell scheint die Krise die Identifikation mit Staat und Regierung eher zu stärken. Grundsätzlich wird deutlich, dass sich im Zuge der Krise das Machtgefüge weiter zugunsten der Regierung verschiebt. Für die Demokratie sind dies keine guten Nachrichten. Die ohnehin schon lange beobachtete Tendenz zur autoritären Dominanz der Exekutive lässt sich im Zuge der Bekämpfung des Corona-Virus weiter forcieren. Präsident Museveni hat dem Virus den „Krieg“ erklärt und scheint als alter Guerilla-Kämpfer und Militär-Strategie ganz in seinem Element zu sein. Im Feldherren-Stil kommandiert er seine Regierungstruppen, zum Teil vor laufenden Kameras in seinen langen abendlichen Ansprachen. Kritische Stimmen haben es schwer, die Opposition ist weitgehend

zu Passivität verdammt und die Medien scheinen ihre Rolle primär darin zu sehen, die Regierungskommunikation zu verbreiten. Das Parlament bewegt sich zugleich ins absolute Abseits. Die Entscheidung der Parlamentarier, sich mit kräftigen Finanzspritzen aus Steuermitteln auszustatten, um ihrerseits zum Kampf gegen das Virus beizutragen, wird in der Bevölkerung als Versuch wahrgenommen, sich persönlich an der Krise zu bereichern. Das Vertrauen in die ohnehin schwache Institution der Legislative wird dadurch weiter erschüttert. Fraglich ist außerdem, wie sich die Krise auf die für Anfang 2021 geplanten nationalen Wahlen auswirken wird. Der ursprüngliche Zeitplan für Vorwahlkämpfe und Kampagnen ist wohl schon jetzt nicht mehr einzuhalten.²²

Spannungen in der Region

Auf eine besondere Probe stellt die Krise die Beziehungen innerhalb der ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC). Ein regionaler Ansatz zur Bewältigung der Krise ist kaum erkennbar. Während Uganda die Fallzahlen gering halten konnte, haben die Nachbarländer Kenia und Tansania mit einer erheblich schnelleren Verbreitung zu kämpfen. In Uganda steigt die Frustration über die Nachbarn, weil es sich bei den zuletzt berichteten Infektionsfällen fast ausnahmslos um Lastwagen-Fahrer aus Kenia und Tansania handelte. Ugandas Entscheidung, positiv getestete tansanische und kenianische Bürger entgegen der Empfehlungen der WHO in ihre Heimatländer zurückzuführen, verursachte weitere Spannungen zwischen den Ländern. Die Krise droht den freien Warenverkehr innerhalb der ostafrikanischen Gemeinschaft zu gefährden und könnte den Integrationsprozess erheblich zurückwerfen.

Rolle nichtstaatlicher Akteure

Die nichtstaatlichen Akteure in Uganda sind unterdessen entweder mit sich selbst beschäftigt und kämpfen ihrerseits mit den Auswirkungen der Krise oder sie verfolgen die von der Regierung vorgegebene Linie. Kirchen und Unternehmen beteiligen sich mit Spenden an den Hilfsprogrammen der Regierung. Private Initiativen zur Hilfe sind offiziell verboten. Präsident Museveni verkündete im Fernsehen, die private Verteilung von Hilfsgütern führe zu Menschenansammlungen, die die Verbreitung des Virus befördern. Wer diese durchführe, mache sich des „versuchten Mordes“ strafbar – eine Warnung wohl vor allem in Richtung von Oppositionspolitikern, die eigene Hilfsaktionen angekündigt hatten. Viele karitative Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen stellen ihre regulären Programme mit Blick auf die Corona-Pandemie ein und versuchen ihrerseits, die schlimmsten Auswirkungen auf die Bevölkerung abzumildern. Doch gleichzeitig fürchten sie um ihr eigenes Überleben. Die zukünftige Finanzierung ihrer Programme scheint in Anbetracht der globalen Krise mehr als unsicher und in einigen Fällen wurden Zahlungen von Spendern und Geberorganisationen bereits eingestellt.

Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Die Corona-Pandemie stellt auch die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit vor Herausforderungen. Es ist davon auszugehen, dass die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe im Zuge der Krise zunimmt. Dies betrifft zum einen die enormen Kosten zur Bewältigung der Herausforderungen im Gesundheitssystem und der akuten Versorgung der bedürftigen Bevölkerung, zum anderen aber auch die durch die Krise und die Bekämpfungsmaßnahmen bedingten Rückschritte im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess und in der Armutsbekämpfung. Hier ist es wichtig, den holistischen Ansatz nicht aus den Augen zu verlieren. Natürlich bedarf es der akuten Unterstützung in der Krise, so wie sie zum Beispiel die EU mit einem 30-Millionen-Euro-Zuschuss für den ugandischen Haushalt bereits leistet. Und auch Deutschland ist zwar nicht schwerpunktmäßig im Gesundheitsbereich aktiv, aber über verschiedene Hilfswerke, wie zum Beispiel Malteser oder Welthungerhilfe, an der

Förderung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung beteiligt. Doch langfristig dürfen die laufenden Schwerpunktprogramme, zum Beispiel in der ländlichen Entwicklung, der Anpassung an den Klimawandel und der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht durch einen durch die Corona-Krise angetriebenen Aktionismus an den Rand gedrängt werden. Wo die Hilfsleistungen ausgebaut werden, muss zudem besonders kritisch der Umgang der ugandischen Regierung mit den Geldern unter die Lupe genommen werden. Zu oft kam es in der Vergangenheit zu Missmanagement und Korruption. Es geht also auch darum, mehr Transparenz und demokratische Standards einzufordern und auch zu den Prioritäten im ugandischen Staatshaushalt einen kritischen Dialog zu führen.

Tansanias Präsident verschärft die Corona-Pandemie in einem hilflosen Land

Daniel El-Noshokaty

Maßnahmen der Regierung auf das Corona-Virus

Offiziell wurde erst am 16. März 2020 der erste Fall einer Infektion mit dem Corona-Virus in Tansania bestätigt. Noch am gleichen Tag erklärte der Premierminister des Landes, dass alle Bildungseinrichtungen ab sofort für einen Monat geschlossen werden. Am 22. März verkündete Präsident Magufuli hingegen, dass alle Gotteshäuser im Land geöffnet bleiben, da das Virus „der Teufel“ sei und dieser „durch die Kraft Gottes geheilt“ werden könnte.²³ Am 30. März musste die Gesundheitsministerin den ersten Todesfall durch eine COVID-19-Erkrankung bekannt geben. Die Schließung der Bildungseinrichtungen wurde am 11. April auf unbestimmte Zeit verlängert. Auch der internationale Flugverkehr von und nach Tansania ist – mit Ausnahme von Frachtflugzeugen – seit dem 11. April auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden. Am 16. April meldete sich Präsident Magufuli erneut und rief alle Tansanier dazu auf, drei Tage zu beten, um das Virus zu besiegen. Zusätzliche Einschränkungen wurden erst am 22. April und nur für die Metropole Dar es Salaam verhängt. Restaurants und Bars wurden geschlossen und eine Maskenpflicht eingeführt. Märkte, Geschäfte und vor allem Kirchen sowie Moscheen bleiben auf Druck des Präsidenten weiter geöffnet. Eine weitere Verschärfung der Maßnahmen schloss er aus, denn: in Dar es Salaam würden 80 Prozent der Einnahmen des Staates anfallen, dies spräche gegen einen Lockdown.²⁴ Die Menschen sollten stattdessen weiter arbeiten und beten. Selbst die offiziellen Infektionszahlen steigen indes weiter an. Bis zum 10. Mai gab es demnach 509 positiv getestete Personen und 21 Todesfälle. Neue Zahlen werden von der Regierung seitdem nicht mehr veröffentlicht. Da jedoch einzig sie Tests durchführen und die Ergebnisse veröffentlichen darf, bestehen erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der offiziellen Zahlen, sowohl im Land als auch von Seiten der WHO.²⁵ Dafür spricht auch, dass laut der *African Centres for Disease Control and Prevention* bis zum 7. Mai nur ganze 652 Tests durchgeführt wurden.²⁶

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung

Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung in Tansania arbeitet im informellen Sektor. Sie haben keine Krankenversicherung, keine Arbeitslosenversicherung und ihr Zugang zum Gesundheitssystem ist auf die wenigen staatlichen Krankenhäuser und Gesundheitsstationen beschränkt, die sie sich leisten können. Viele Menschen haben Angst, sich bei öffentlichen Stellen mit einer COVID-19-Erkrankung zu melden, um nicht in einer staatlichen Quarantäneeinrichtung zu landen. Zudem fürchten viele eine Stigmatisierung. Selbst die Menschen, die regelmäßig Steuern zahlen, können sich nicht auf das kaum vorhandene soziale Sicherungssystem verlassen. Das Gesundheitssystem ist in einem bedauerlichen Zustand und gerade in den ländlichen Gebieten praktisch nicht vorhanden. Laut der WHO

steht in Tansania für je 1.000 Einwohner weniger als ein Krankenhausbett zur Verfügung.²⁷ Laut Weltbank liegen die Ausgaben pro Kopf im Gesundheitssystem in Tansania im Jahr 2017 bei nur 33,92 USD. Im Nachbarland Kenia waren es 76,61 USD pro Kopf und in Deutschland im gleichen Jahr 5.033,45 USD.²⁸ Tansania ist folglich auf eine Pandemie nicht vorbereitet und das Gesundheitssystem nicht in der Lage, hunderte oder gar tausende von Erkrankten zu versorgen.

Viele Menschen in Tansania wissen das und vertrauen weder den offiziellen Zahlen noch glauben sie daran, dass allein das Beten Heilung bringe. Der Mangel an verlässlichen Informationen führt dazu, dass gerade in den sozialen Medien kuriose Verschwörungstheorien und Heilmethoden zirkulieren. Ein großer Teil der städtischen Bevölkerung lebt auf so engem Raum, dass eine wirksame Isolation gar nicht möglich ist. Dazu kommt, dass viele der mehr als 55 Millionen Einwohner arm sind, sie buchstäblich von einem Tag auf den anderen leben und daher auf den Tagelohn angewiesen sind. Tansania liegt beim *Human Development Index* der Vereinten Nationen auf Rang 159 von 189 untersuchten Ländern.²⁹ Knapp 13 Millionen Menschen leben demnach unterhalb der Armutsgrenze. Gerade in den großen Städten müssen viele Menschen jeden Tag Einkommen generieren, um sich und ihre Familien zu versorgen. Verschärfte Ausgangsbeschränkungen würden folglich die Not nur erhöhen und gleichzeitig zu Engpässen bei der Versorgung mit Lebensmitteln führen. Auf Grund der schlechten Infrastruktur, Logistik und kaum vorhandener Lagerungskapazitäten im Land, werden die urbanen Zentren mit Produkten versorgt, die aus ihrer Umgebung stammen. Sollten die Händler aber nicht mehr zu den Märkten fahren dürfen, würde das erhebliche Probleme bei der Lebensmittelversorgung zur Konsequenz haben. Eine völlige Ausgangssperre würde folglich viele Menschen dazu bringen, aus purer Not auf die Straße zu gehen und sich gegen die Regierung zu wenden. Möglicherweise ist genau das der Grund, warum der Präsident eher zum Beten aufruft als tatsächliche Einschränkungen zu verkünden. Unruhen würden die Stabilität im Land negativ beeinflussen, welche sich seit Ausbruch der Pandemie in Tansania noch nicht grundlegend verändert hat, da der autokratisch regierende Präsident seit Beginn seiner Amtszeit Diskussionsräume einschränkt und Kritiker bekämpft.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen

Die zu erwartenden Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung und finanziellen Möglichkeiten des Landes sind gravierend. Tansania ist auf die Einnahmen durch den Tourismus angewiesen, die im Jahr 2019 rund 20 Prozent des Staatshaushalts abdeckten. Diese Mittel werden voraussichtlich für fast das gesamte Jahr 2020 wegfallen. Nicht nur dem Staat werden diese Einnahmen fehlen, sondern auch viele Angestellte sind durch Entlassungen davon bereits direkt betroffen. Gleiches gilt auch für den Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. So ist zum Beispiel der Anbau von Blumen für den europäischen Markt ein wichtiger Wirtschaftssektor im Nordosten des Landes. Dieser Bereich ist aktuell vollständig zum Erliegen gekommen. Gleiches gilt für die wenigen anderen landwirtschaftlichen Produkte, die Tansania fast ausschließlich im Rohzustand exportiert. Die gesunkene Nachfrage nach diesen Produkten in den Exportmärkten spürt das Land unmittelbar und kann darauf nicht flexibel reagieren, da es weder eine weiterverarbeitende Industrie noch andere Absatzmärkte gibt und auch der lokale Konsum diesen Ausfall nicht auffangen kann.

Hinzu kommt, dass Präsident Magufuli in den letzten Jahren seine Politik der „Industrialisierung“ mit neuen Schulden finanziert hat, weshalb die finanziellen Auswirkungen der Pandemie dazu führen werden, dass die ohnehin schon hohe Schuldenlast noch weiter

steigen wird. Aktuell liegt diese bereits bei 40 Prozent des jährlichen Staatshaushalts, der ein Volumen von etwas weniger als 15 Mrd. Euro hat. Tansania zahlt bereits 280 Mio. Euro pro Monat an Schuldentilgung.³⁰ Diese Last wird sich durch die zu erwartenden Einnahmeausfälle weiter verschärfen, weshalb der Präsident bereits die Weltbank aufgefordert hat, seinem Land Schulden zu erlassen.³¹ Bei einer extremen Verschärfung der Krise, Nahrungsmittelknappheit und außerordentlich negativen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen durch die Pandemie, könnte er aber Opfer seines eigenen Systems werden, welches ihn zum Selbsterhalt der am längsten regierenden Partei Afrikas opfern könnte. Dafür gibt es aktuell jedoch noch keine Anzeichen.

Andere Akteure werden vereinnahmt

Die Stimmen anderer Akteure sind in Tansania schon vor der Corona-Krise kaum mehr zu hören gewesen. Die repressive Politik des Präsidenten gegenüber allen Gegnern in den letzten vier Jahren hat dazu geführt, dass von der unterdrückten Opposition, den kontrollierten Medien oder gar der Bevölkerung keine allzu große Kritik für sein Handeln zu erwarten ist. Der öffentliche Raum wird kontrolliert und ist immer weiter eingeschränkt worden. Einzig die unterschiedlichen Verbände der Privatwirtschaft haben ein gemeinsames Papier verfasst, in welchem sie ein spezielles Wirtschaftsprogramm von der Regierung, Steuererleichterungen für besonders betroffene Sektoren sowie Anreize für Investitionen angeregt haben. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Regierung darauf eingehen wird. In den aktuell laufenden Haushaltsverhandlungen im Parlament hat sie einen Budgetentwurf eingebracht, der keineswegs auf die sich aktuell verändernden Rahmenbedingungen eingeht, sondern weiter von steigenden Steuereinnahmen und einem wachsenden Tourismussektor ausgeht sowie mehr Einnahmen durch Exporte vorsieht. Es ist somit anzunehmen, dass die Regierung die Auswirkungen der Corona-Pandemie weiter verharmlosen und ihren Haushaltsentwurf durch das von ihr dominierte Parlament bringen wird.

Als bedauerlich ist die Rolle der Vertreter der Religionsgemeinschaften einzuschätzen. Anstatt die Kirchen und Moscheen zu schließen oder die Anzahl der Gläubigen bei den Gottesdiensten einzuschränken, haben sich diese vom Präsidenten vereinnahmen lassen. Alle großen Religionsgemeinschaften in Tansania folgen dem Aufruf des Präsidenten und halten weiter Gottesdienste ab. Auch vernunftgeleitete Akteure aus den sozialen Medien finden momentan kaum Gehör, da sie den extrem restriktiven Mediengesetzen des Landes unterliegen und ihre Inhalte keine Chance gegen die überall kursierenden Verschwörungstheorien haben.

Implikationen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Tansania. Fast alle Projekte sind vorübergehend gestoppt worden. Genau jetzt wäre es daher angebracht, eine kritische Evaluierung der bisherigen Programme und Maßnahmen durchzuführen. Seit Jahrzehnten ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich in Tansania tätig, die Programme zielen jedoch nicht auf den Aufbau einer flächendeckenden und krisenfesten Erstversorgung von Patienten ab. Die Pandemie offenbart aber die eklatanten Schwächen des tansanischen Gesundheitssystems deutlich und bietet damit die Möglichkeit für eine Neuausrichtung in diesem Bereich. Gleichzeitig spitzt sich der Systemwettbewerb mit China um Afrika am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit auch in Tansania weiter zu. Während die Volksrepublik in Tansania und anderswo in Afrika Schutzkleidung, Masken und andere medizinische Ausrüstung medienwirksam als Spenden übergeben hat, sind die Beiträge aus Deutschland und der Europäischen Union bislang nicht sichtbar. Gleichzeitig verschleiert die tansanische Regierung

die Schwere der Pandemie im eigenen Land weiterhin und stellt diese als kurzfristiges Phänomen dar. Die Aussagen des Präsidenten verstärken diesen Eindruck. So verkündete Magufuli, dass das Virus durch Beten, die Kraft Gottes oder das Einatmen von heißem Wasserdampf gestoppt werden könne.³² Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob unter diesen Bedingungen eine effektive entwicklungspolitische Kooperation überhaupt erfolgen kann. Dabei bieten gerade die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Möglichkeit, neue Partnerschaften und Programme mit verlässlichen Akteuren der Privatwirtschaft einzugehen. Akteure aus der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft, die entsprechende Programme kompetent umsetzen können, sind auch in Tansania vorhanden und könnten die Abhängigkeit vom Staat bei der Entwicklungszusammenarbeit verringern.

Die COVID-19-Pandemie als Verstärker bestehender Herausforderungen – Fazit und Ausblick

Veronika Ertl und Martina Kaiser

Mehr als Gesundheit – Politische, wirtschaftliche und soziale Folgen von COVID-19

Die vorliegenden Fallbeispiele – DR Kongo, Côte d'Ivoire, Mali, Südafrika, Tansania und Uganda – bilden ein heterogenes Spektrum an politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen und Reaktionen auf die Corona-Pandemie in Subsahara-Afrika ab. Zwar sind die potenziellen Auswirkungen auf die politische Stabilität und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich. Gleichzeitig sind gemeinsame Trends ebenso erkennbar.

Defizitäre Gesundheitsinfrastruktur erschwert Bekämpfung der Pandemie

Zunächst ist festzuhalten, dass die Gesundheitsinfrastruktur in den analysierten Ländern defizitär bis hin zu inexistent in der Fläche ist. Auch ohne eine gesundheitliche Notlage wie der aktuellen COVID-19-Pandemie sind die Gesundheitssysteme überlastet und kaum in der Lage, der breiten Bevölkerung eine gesundheitliche Grundversorgung zu bieten. Es fehlt an Krankenhäusern, medizinischem Personal, Labor- und Forschungskapazitäten aber auch rudimentären Dingen wie Hygienevorkehrungen und Schutzkleidung. So stehen in der DR Kongo mit ihren rund 80 Millionen Einwohnern lediglich 500, in Côte d'Ivoire für rund 26 Millionen Menschen sogar nur 80 Intensivbetten zur Verfügung. Auch die stark limitierten Testkapazitäten in allen untersuchten Ländern stellen eine große Herausforderung dar, die tatsächliche Zahl der Infizierten festzustellen. Im Vergleich scheint Südafrika diesbezüglich zwar noch am besten gerüstet zu sein. Dies überrascht nicht, ist Südafrika doch die zweitgrößte Volkswirtschaft auf dem Kontinent und verfügt als Schwellenland naturgemäß über bessere Voraussetzungen zur Bekämpfung einer Pandemie als ein fragiler Staat wie etwa Mali. Doch zur Wahrheit gehört ebenso, dass auch ein Land wie Südafrika mit der Eindämmung der Pandemie an seine Grenzen gerät. Vor allem in den strukturschwachen ländlichen Regionen können COVID-19-Erkrankungen oftmals gar nicht erst als solche identifiziert werden. Eine ungehinderte Ausbreitung inklusive nächtlicher Sammelbeurteilungen Verstorbener, deren Todesursache nicht bekannt ist beziehungsweise nicht bekannt gegeben wird, nimmt laut Berichten in Tansania zu. Aufgrund steigender Infektionszahlen besteht zudem die Gefahr, dass für die Behandlung weit verbreiteter Krankheiten, wie beispielweise Malaria im westlichen Afrika, künftig noch weniger finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Engpässe sind auch für Gesundheitsvorsorgemaßnahmen wie Impfungen, die zum Beispiel in der DR Kongo aufgrund einer im vergangenen Jahr ausgebrochenen Masern-Epidemie dringend notwendig sind, denkbar. Im schlimmsten Fall wäre die Konsequenz eine zunehmende Ausbreitung anderer Infektionskrankheiten, deren Behandlung die schwachen Gesundheitssysteme zusätzlich beanspruchen würde.

Mangelhafte soziale Sicherung verschlimmert die Situation der Ärmsten

Wie stark die sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den einzelnen Ländern sein werden, hängt vor allem von der Leistungsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme ab, um die durch die Eindämmungsmaßnahmen der Regierungen bedingten Folgen für die Menschen abzufedern. Eine formale Absicherung gegen Armut und Arbeitslosigkeit ist in allen analysierten Ländern entweder nicht vorhanden oder nur schwach ausgeprägt.

Stattdessen bieten familiäre Strukturen ein Auffangnetz, wobei auch dieses in der derzeitigen Krisen-situation vor dem Hintergrund zunehmender Betroffenheit der Familienmitglieder vor Ort noch schneller an seine Grenzen stoßen kann. Hinzu kommen Einbrüche von dringend benötigten Rücküberweisungen aus dem Ausland, da Industrieländer, in denen ein Großteil der Diaspora zu Hause ist, als Epizentren der Pandemie ebenso von negativem Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Nach Schätzungen der Weltbank ist durch die Krise im laufenden Jahr ein Einbruch der Rücküberweisungen nach Subsahara-Afrika von rund 23 Prozent zu erwarten. Dies droht die Lebensgrundlage vieler Familien zu gefährden.³³

In den untersuchten Ländern lebten bereits vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie die meisten Menschen in prekären Verhältnissen, arbeiteten im informellen Sektor oder waren auf Tageseinnahmen angewiesen, um ihre Familien zu ernähren.³⁴ Die aktuelle Situation trägt zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensumstände der ärmeren Bevölkerungsgruppen bei. Insbesondere in Ländern wie Tansania und der DR Kongo, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern (*LDCs*) gehören und in denen knapp 50 Prozent der Menschen und mehr in extremer Armut leben, stellt dies ein enormes Problem dar.³⁵ In Abwesenheit sozialer Sicherungssysteme können auch die von einigen Staaten nun aufgelegten Hilfsprogramme dies nicht auffangen. Auch ist deren Umsetzung durch staatliche Institutionen, wie unter anderem in Uganda und Südafrika zu beobachten, oftmals von Korruption und Ineffizienz geprägt. Darüber hinaus könnten sich bestehende soziale Ungleichheiten vertiefen, wie beispielweise in Südafrika, wo die ärmsten Bevölkerungsteile als „doppelte Verlierer“ gesehen werden können. Sie sind sowohl am stärksten von den negativen Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen betroffen und profitieren gleichzeitig am wenigsten von deren Schutzeffekten. Da die wenigsten Menschen über finanzielle Rücklagen verfügen, geraten sie und ihre Familien schnell in finanzielle Not. Vor diesem Hintergrund sind strenge Ausgangsbeschränkungen wie in Südafrika oder Uganda zumindest nicht über längere Zeit leistbar und in vielen anderen afrikanischen Staaten wie in Côte d'Ivoire und Mali gar nicht erst durchsetzbar.

Doppelte Krise: Nach der Pandemie kommt der Hunger

Aufgrund der gravierenden Auswirkungen der Pandemie auf die sozialen Rahmenbedingungen, dem sich dadurch ergebenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und Rückgang der Kaufkraft sowie aufgrund von lokalen und internationalen Angebotsverknappungen, ist eine Verschlimmerung der bestehenden Nahrungsunsicherheit und Armut absehbar. Netto-Lebensmittelimporteure – in der vorliegenden Länderauswahl alle außer Südafrika und Côte d'Ivoire³⁶ – sind durch Grenzsicherungen und die Unterbrechung internationaler Lieferketten besonders in ihrer Lebensmittelversorgung gefährdet. Innerhalb der Länder betrifft dies insbesondere die städtische Bevölkerung, da sie sich nicht durch Subsistenzwirtschaft versorgen kann und die verfügbaren Lebensmittel sich, wie unter anderem in der DR Kongo, deutlich verteuern. Aber auch für die ärmere Bevölkerung des Netto-Lebensmittel-exporteurs Côte d'Ivoire stellen Preisanstiege ein Risiko für die Nahrungsmittelversorgung dar. Besonders dramatisch trifft die Krise die Länder Ostafrikas, wie zum Beispiel Uganda und Tansania, deren Nahrungsgrundlage bereits seit Monaten durch eine massive Heuschreckenplage gefährdet ist. WFP-Exekutivdirektor David Beasley warnte in diesem Zusammenhang vor einer Hungersnot „biblischen Ausmaßes“.³⁷ Für die Eindämmung der bereits vor der Corona-Pandemie im Sahelraum durch eine instabile Sicherheitslage begünstigten Ernährungs Krise kommt nun erschwerend die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der internationalen Organisationen hinzu, unter anderem da das ausländische Personal aufgrund der Unwägbarkeiten die Region teils verlassen hat.

Die mit der Lebensmittelunsicherheit einhergehende soziale Not sowie die Frustration aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen und unzureichenden Hilfsprogramme der Regierungen haben in einigen Ländern damit das Potenzial, soziale Unruhen zu befördern.

Schwere Zeiten für die afrikanischen Volkswirtschaften

Auch kündigen sich für die Länder wirtschaftlich schwere Zeiten an. Die COVID-19-Pandemie trifft die afrikanischen Volkswirtschaften, die zum großen Teil auf Rohstoff- und Agrarexporten sowie dem Tourismus fußen, hart: Internationale Reisebeschränkungen führen zum Zusammenbruch der Tourismusbranche und zum Verlust vieler Arbeitsplätze in diesem Sektor. Besonders betroffen davon sind unter anderem Tansania und Uganda, für die der Tourismus einen wichtigen Wirtschaftszweig darstellt. Im Zuge des weltweiten wirtschaftlichen Einbruchs schrumpfen zudem die Absatzmärkte und Weltmarktpreise von für rohstoffreiche Länder zentralen Exportgütern, wie beispielsweise des für die DR Kongo wichtigen Kobalts. Für Staaten wie Angola, Kamerun und Nigeria stellen analog wegbrechende Exportmärkte für Rohöl eine gravierende wirtschaftliche Herausforderung dar. Auch die drastisch sinkende Nachfrage nach Agrarerzeugnissen, beispielsweise Blumen aus Kenia und Tansania, sowie nach Kakao der weltweit größten Produzenten Côte d'Ivoire und Ghana, setzt die Wirtschaft der betroffenen Länder unter Druck. Aufgrund der fehlenden wirtschaftlichen Diversifizierung und industriellen Basis vieler afrikanischer Länder, können diese einen solchen Einbruch in zentralen Wirtschaftszweigen nicht anderweitig auffangen.

Auch der regionale Handel auf dem afrikanischen Kontinent ist aufgrund von Grenzsicherungen und verstärkten Einreisekontrollen erschwert. Dies stellt Unternehmen, Arbeitnehmer und Bauern vor existenzielle Herausforderungen. Deshalb haben einige Staaten, wie die DR Kongo, Côte d'Ivoire und Südafrika, Unterstützungsfonds eingerichtet und Steuererleichterungen in Aussicht gestellt. Mittelfristig wird diese Situation jedoch massive Einbrüche des Wirtschaftswachstums in den untersuchten Ländern zur Folge haben. So rechnet beispielsweise die kongolesische Regierung mit einem Rückgang des diesjährigen Wirtschaftswachstums um 2,2 Prozent. Für Gesamt-Subsahara-Afrika prognostiziert die Weltbank in ihrem aktuellen Bericht ein negatives Wachstum von -2,1 Prozent bis hin zu -5,1 Prozent für 2020.³⁸ Vor dem Hintergrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums in Subsahara-Afrika, das entsprechend hohe wirtschaftliche Wachstumsraten erfordert, um die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können, ist dies besonders dramatisch. Gleichzeitig steigt der Finanzbedarf, um die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Da die meisten der untersuchten Staaten aufgrund ihrer schwachen wirtschaftlichen Ausgangssituation die Folgen der Krise nicht aus eigener Kraft bewältigen können, ist mit einer weiteren Verschuldung und einer verstärkten Abhängigkeit von internationaler Unterstützung zu rechnen. In der Konsequenz könnten externe, finanzstarke Akteure, wie zum Beispiel China, die Situation dazu nutzen, ihre Einflussphäre auf dem afrikanischen Kontinent auszuweiten. Bereits jetzt gehen chinesische Akteure proaktiv auf afrikanische Staaten zu – sei es mit medienwirksamen Schutzbekleidungs Spenden oder mit der Verbreitung eines neuen Corona-Narrativs, in dem Peking sich zu Afrikas „Helfer in Not“ stilisiert, eine kritische Betrachtung des eigenen Umgangs mit der Pandemie aber konsequent unterbindet.

Die Stunde der Exekutive

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass politische und zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend an den Rand gedrängt werden und ihre Wächter- und Kontrollfunktionen immer weniger ausfüllen können. Im Rahmen der eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung der

Pandemie wurde unter anderem das planmäßige Ende der sitzungsfreien Zeit des ivoirischen Parlaments von Ende März auf unbestimmte Zeit verschoben. Dies marginalisiert das ohnehin schwache Parlament im politischen Gefüge zusätzlich. Darüber hinaus erschweren Versammlungsverbote, wie in Mali, die Arbeit von Parteien und der politischen Opposition. Auch die Ansprache der Wählerschaft, insbesondere in abgelegenen Regionen, ist in der derzeitigen Situation zusätzlich erschwert. In Uganda wurden derweil private Initiativen zur Nothilfe in der Pandemie verboten.

Damit zeichnet sich in einigen Ländern eine zunehmende Tendenz zu autoritärer Machtanhäufung ab. Mit Rückschritten im Bereich von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit ist im Zuge dieser Entwicklungen zu rechnen. Der ivoirische Präsident regiert in der Krise komfortabel „per Dekret“ während sich der ugandische Präsident im selbsterklärten Krieg gegen das Virus in der Rolle als durchsetzungsstarker Feldherr gefällt. Im Zuge dieses Machtzuwachses werden zum einen der politische Diskurs von der Regierung dominiert und zum anderen alternative Stimmen noch stärker systematisch unterbunden, wie unter anderem in Tansania deutlich erkennbar. Darüber hinaus haben weitreichende Ermächtigungen für Polizei und Militär unter anderem in Südafrika, Kenia und Nigeria zu Fällen von unverhältnismäßiger Gewaltanwendung geführt und bedeuten in dieser Form eine Gefahr für den Schutz der Grundrechte der Bevölkerungen. Nicht auszuschließen ist außerdem, dass in Tansania, Côte d'Ivoire und Ghana Wahlen, die für die Jahre 2020 beziehungsweise 2021 angesetzt sind, nicht wie geplant stattfinden. Während trotz erschwelter Bedingungen die Parlamentswahlen in Mali noch im April durchgeführt wurden, hat in Äthiopien Regierungschef Abiy Ahmed die für August 2020 angesetzten Parlamentswahlen bereits auf unbestimmte Zeit verschoben. In Gambia, Kenia und Südafrika erfolgte eine Verschiebung verschiedener Nachwahlen auf Kommunalebene.³⁹ Noch hat die Bevölkerung derartige Entscheidungen weitgehend akzeptiert. Ob dies aber auch in Zukunft so sein wird, bleibt abzuwarten und hängt von der Schwere der Auswirkungen der Krise auf die Gesellschaften ab. In Ländern mit schwach ausgeprägten demokratischen Strukturen besteht aber die Gefahr, dass je länger die Wahlen verschoben werden, eine politische Teilhabe der Menschen dauerhaft verhindert wird und sich aktuelle Machtkonstellationen ohne demokratische Legitimierung verfestigen. Außerdem könnten bestehende gesellschaftliche Spannungen in solchen Ländern durch bewaffnete, nichtstaatliche Akteure wie terroristische Vereinigungen oder Rebellengruppen weiter angeheizt werden. In der analysierten Länderauswahl ergibt sich dieses Risiko besonders in Mali und der DR Kongo, wo ein gewaltsamer Ausbruch von Konflikten nicht auszuschließen ist und damit ein verstärktes internationales Engagement nach sich ziehen könnte.

Neue Herausforderungen, neue Akteure

Vorübergehender Vertrauenszuwachs für die Regierenden

Die Pandemie verursacht in einigen der untersuchten Länder vorläufig einen Zuwachs in der Unterstützung für die aktuell Regierenden, beispielweise in Uganda, wo der Präsident von der Stärkung der Identifikation mit Staat und Regierung profitiert oder in Südafrika, wo Präsident Ramaphosas Zustimmungswerte seit Beginn der Pandemie deutlich ansteigen. Ihr Krisenmanagement findet trotz teils weitreichender Einschnitte die Zustimmung der Bevölkerung und die Regierungen profitieren – zumindest vorübergehend – von ihrer Profilierung als starke Krisenmanager. Mit den zu erwartenden steigenden Todeszahlen,

wirtschaftlichen Einbrüchen und damit verbundenen Auswirkungen wie erhöhte Armut und Nahrungsunsicherheit könnte sich das Blatt allerdings gegen die Regierungen wenden. Je dramatischer die Auswirkungen der Krise ausfallen, desto wahrscheinlich ist es zudem, dass die gesellschaftlichen Gegensätze in den von Ungleichheit geprägten Gesellschaften

noch stärker hervortreten und die herrschenden Eliten für die schlechte Ausgangslage ihres jeweiligen Landes durch vorhergehende Misswirtschaft verantwortlich gemacht werden. In Südafrika lässt sich eine solche Entwicklung ablesen und könnte der aktuellen Regierungspartei ANC die Mehrheit kosten, während in der DR Kongo die Verantwortung wahrscheinlich vor allem im vorherigen Regime von Joseph Kabila gesucht werden könnte. Mit verfestigten autoritären Strukturen und wachsender staatlicher Repression könnte andernorts jedoch ein öffentlicher Aufschrei zumindest vorübergehend unterdrückt werden.

***Windows of opportunities* für die Opposition**

Angesichts potenzieller Vertrauensverluste der aktuellen Regierungen in den untersuchten Ländern scheint es für Oppositionsakteure opportun, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der Krise Präsenz zu zeigen und sich auf mögliche *windows of opportunities* durch sich abzeichnende Machtverschiebungen einzustellen. So ist nicht auszuschließen, dass bei den nächsten Wahlen in Südafrika durch Verluste der Regierungspartei eine Koalition aus Oppositionsparteien die Regierung bilden könnte. Insbesondere jüngere politische Akteure in Regierungsparteien aber auch einflussreiche lokale Autoritäten, denen Veränderungswille zugeschrieben wird, könnten von etwaigen Machtverschiebungen profitieren. In der DR Kongo wäre ein solcher Akteur zum Beispiel der frühere Gouverneur der Region Katanga, Moïse Katumbi.

Medien und Zivilgesellschaft unter Druck

Absehbar schwierig gestaltet sich die Situation für Akteure der Zivilgesellschaft und Vertreter der Medien, deren vielerorts bereits vor der Pandemie eingeschränkte Handlungsspielräume aus Angst vor konkurrierenden Narrativen von Machthabern weiter verkleinert wurden. Besonders drastisch stellt sich die Lage diesbezüglich in Tansania dar, wo Präsident Magufuli seit seinem Amtsantritt im Jahr 2015 mit der zunehmenden Einschränkung der Medien und der Zivilgesellschaft die optimalen Bedingungen dafür geschaffen hat, jegliche öffentliche Kritik an seinem Kurs zu verhindern. Mit verschiedensten Maßnahmen versuchen auch andere Regierungen kritische Medienberichterstattung zur Verbreitung des Virus und den Gegenmaßnahmen in ihren Ländern zu verhindern. In Südafrika drohen Journalisten nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes bis zu sechs Monate Gefängnisstrafe für die Verbreitung von „Falschmeldungen“. In Côte d'Ivoire wurden derweil zwei Journalisten für kritische Berichterstattung zu Corona-Fällen in einem Gefängnis zu hohen Geldstrafen verurteilt. Auch in vielen anderen Staaten sehen sich Journalisten durch zunehmende staatliche Einschüchterungen in ihrer Arbeit beeinträchtigt.⁴⁰ In Uganda ist die Konsequenz daraus, dass sich die meisten Medien nur noch als Sprachrohr der Regierung sehen. Ebenfalls problematisch ist, dass Medien vielerorts nicht gegen die Vielzahl an Falschmeldungen und Verschwörungstheorien in sozialen Medien ankommen. Exemplarisch zeigt sich dies erneut in Tansania. Längerfristig wird es von zentraler Bedeutung sein, ob die Einschränkungen der Handlungsspielräume dieser Akteure zurückgenommen werden und sie sich wieder Gehör in den jeweiligen Bevölkerungen verschaffen können.

Die Krise als Nährboden für bewaffnete nichtstaatliche Akteure

Für bewaffnete nichtstaatliche Akteure auf dem afrikanischen Kontinent hingegen stellt die aktuelle Lage eine willkommene Gelegenheit dar, um die Regierungen der jeweiligen Länder durch gezielte Angriffe zu schwächen und dadurch ihren Einfluss auszudehnen. Seit einiger Zeit nimmt unter anderem in Teilen von Nigeria, Burkina Faso und Mali die Gewalt durch terroristische Gruppierungen zu, die diese Länder weiter destabilisieren könnten. Auch in der DR Kongo, vor allem im Osten, sind rund 70 Rebellen Gruppen aktiv, die von einer Schwächung der Regierung profitieren könnten. Darüber hinaus könnten bewaffnete Gruppierungen ausnutzen, dass internationale Aktivitäten zur Förderung von Stabilität und Sicherheit, beispielsweise durch die UN-Stabilisierungsmission MINUSMA in Mali, durch die derzeitige Krise eingeschränkt sind. Eine weitere Destabilisierung afrikanischer Länder birgt auch das Risiko erneut ansteigender Fluchtbewegungen Richtung Europa. Längerfristig ergibt sich durch den zunehmenden Wegfall bereits jetzt geringer wirtschaftlicher Perspektiven, vor allem für junge Menschen, und wachsender Armut auch ein erhöhtes Rekrutierungspotenzial für terroristische beziehungsweise kriminelle Organisationen.

Religiöse Autoritäten als potenzielle Meinungsführer

Religiöse Autoritäten, die oftmals hohe Legitimität auf lokaler und nationaler Ebene genießen, unterscheiden sich in ihrem Verhalten vis-à-vis der Regierungen deutlich: Während die Kirchen in Tansania den Anweisungen des Präsidenten folgen, der seine Bevölkerung dazu aufruft, das Virus durch gemeinsames Beten zu bekämpfen, weigerten sich Oberhäupter von Religionsgemeinschaften, unter anderem in Kenia und Nigeria, anfänglich staatliche Versammlungsverbote umzusetzen. In Südafrika und Côte d'Ivoire hingegen konnte die Regierung Religionsgemeinschaften hinter sich versammeln, um Vorsorgemaßnahmen durchzusetzen. In Kenia rief die katholische Bischofskonferenz derweil die Regierung zu Transparenz im Umgang mit Hilfsgeldern in der Corona-Krise auf. Religiöse Würdenträger genießen als moralisch glaubwürdige Führungspersonen auch – oder sogar besonders – in Krisensituationen hohes Vertrauen in der Bevölkerung und es ist denkbar, dass einzelne religiöse Persönlichkeiten im Zuge von potenziellen Machtverschiebungen eine wichtige Rolle einnehmen. Ebenfalls denkbar ist, dass einzelne dieser Persönlichkeiten ihre Rolle als Meinungsführer nutzen, um etablierte aber auch neue politische Akteure oder Gruppierungen zu unterstützen. Für die politische Stabilität und den sozialen Frieden ist hierbei ausschlaggebend, ob religiöse Autoritäten eine integrative Rolle spielen oder sich für sektiererische Narrative gewinnen lassen, die bestehende religiöse und ethnische Konfliktlinien weiter vertiefen könnten.

Einflussreiche „Machertypen“ in der Wirtschaft

Auch einflussreiche Wirtschaftsakteure könnten durch die Krise ihren Einfluss in afrikanischen Staaten vergrößern. Gepaart mit der Unterstützung mächtiger Wirtschaftsverbände und Verbindungen ins Ausland beziehungsweise zur Diasporabevölkerung, könnten sich diese Akteure als „Machertypen“ und Gegenentwurf zu von Korruption und Ineffizienz geplagten Regimen positionieren. Einige prominente Mitglieder des einflussreichen kongolesischen Unternehmensverbands FEC hätten hierfür beispielweise potenziell den nötigen Rückhalt. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass große Teile der Bevölkerungen diesen Akteuren die notwendige Erfahrung und Durchsetzungskraft zuschreiben, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Krise zu vollziehen.

Regionale Zusammenarbeit bleibt ausbaufähig

Eine Chance, deren Wahrnehmung sich jedoch bisher aufgrund von internen Unstimmigkeiten und Fragmentierung noch nicht konkret abzeichnet, bietet sich theoretisch für Regionalorganisationen Afrikas, wie die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften *EAC*, *ECOWAS* und *SADC* und allen voran die Afrikanische Union (AU). So könnte beispielweise die Struktur der auf AU-Ebene geschaffenen *Africa Task Force for Novel Coronavirus (AFCOR)* nach der Abstimmung kurzfristiger Eindämmungsmaßnahmen als Instrument beibehalten und ausgebaut werden, um auch längerfristig ein einheitliches Vorgehen hinsichtlich des notwendigen Wiederaufbaus abzustimmen. In Zeiten, in denen grenzübergreifende Koordinierung wichtiger denn je ist, könnten diese Organisationen eine wichtige Rolle als Mediatoren einnehmen, um Rückschritte in begonnenen Integrationsprozessen auf dem Kontinent zu verhindern. Bereits jetzt zeigen sich negative Einflüsse auf die Beziehungen, beispielsweise zwischen Kenia und Uganda, die die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen gefährden. Auch hinsichtlich der mühsamen Verhandlungen und Umsetzung der bereits beschlossenen afrikanischen kontinentalen Freihandelszone (*AfCFTA*) bleibt die koordinierende Rolle der AU und regionalen Wirtschaftsgemeinschaften ausschlaggebend und sollte von internationalen Partnern konstruktiv begleitet werden.

Die Corona-Krise als Katalysator für die deutsch-afrikanische Zusammenarbeit?

Die vorliegende Analyse der Auswirkungen in den untersuchten Ländern verdeutlicht, dass dort weitreichende Entwicklungsrückschritte befürchtet werden müssen. Gleichzeitig ist klar, dass zur Bewältigung der Herausforderungen internationale Unterstützung unerlässlich ist. Dies betrifft nicht nur den unmittelbaren Aufbau von Gesundheitssystemen und das Auffangen sozialer Auswirkungen der Krise wie zunehmender Armut und Nahrungsengpässen, sondern auch den wirtschaftlichen Aufbau, Stabilisierungsanstrengungen und die Förderung demokratischer Strukturen. Die aktuelle Krise bietet somit die Gelegenheit für eine kritische Bestandsaufnahme der bisherigen Schwerpunkte und Partnerstrukturen der deutschen Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten. Auf Basis der vorhergehenden Analyse ergeben sich hierfür folgende Ansatzpunkte:

Neue Akzente und Schwerpunkte für die Zusammenarbeit

Zwar ist Gesundheit seit langem zentraler Bestandteil der deutsch-afrikanischen Zusammenarbeit und Deutschlands Engagement im Bereich Globale Gesundheit auf multilateraler Ebene zunehmend wichtig, doch verschärfen sich durch die Pandemie die Problemkonstellationen. Vor diesem Hintergrund gilt es, die bestehenden Programme künftig noch stärker unter den Aspekt der Resilienz zu stellen. Auch andere Themenbereiche der Zusammenarbeit sollten in Folge der Krise weiter an Bedeutung gewinnen. Dies betrifft unter anderem den Ausbau sozialer Sicherungssysteme, die Beseitigung von Hunger, die Sicherung und Schaffung von Beschäftigung und die Förderung von Grund- und Berufsbildung. Eine Anpassung von Schwerpunktthemen entlang veränderter Rahmenbedingungen im Nachgang der Pandemie kann einen wichtigen Beitrag zur thematischen Fokussierung und Stringenz der Zusammenarbeit leisten. Gleichzeitig dürfen im Zuge dieser Anpassung zentrale Anliegen der Zusammenarbeit nicht in den Hintergrund gedrängt werden. So sind Programme zur Stärkung fragiler Staaten, zur Unterstützung demokra-

tischer Strukturen, politischer Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit weiterhin unerlässlich, um die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika zu schaffen. Deutschland sollte hier auch in Zukunft ein wichtiges Signal für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit setzen. Die politischen Stiftungen mit ihren Partnernetzwerken vor Ort können dabei unterstützend wirken.

Evaluierung von Partnerschaften

Die aktuelle Krise bildet eine Zäsur und eröffnet damit die Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit derzeitigen Partnern zu evaluieren und diese kohärent entlang der afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung auszurichten. Als zentraler Faktor sollte weiterhin der Wille der Partnerregierungen zu Reformen in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Entscheidungen über die Fortsetzung und Qualität der Zusammenarbeit einfließen. Dafür gilt es neben den staatlichen Partnern gerade die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren, wie Zivilgesellschaft, Medien, religiösen Autoritäten, Universitäten und der Privatwirtschaft, weiter auszubauen, unter anderem um deren Rolle als nichtstaatliche Kontrollinstanzen zu stärken. Dies kann darüber hinaus dazu beitragen, dem Versickern von Hilfsgeldern durch staatliches Missmanagement und Korruption entgegenzuwirken. Auch im Rahmen des aktuellen BMZ 2030-Reformprozesses stehen die Effizienz und Wirksamkeit deutscher Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt – eine Forderung, die in Zeiten erhöhter Unterstützungsbedarfe für die heimische Bevölkerung und Wirtschaft aktueller denn je anmutet.

Ausbau multilateraler Zusammenarbeit

Die Corona-Pandemie führt so deutlich wie wohl keine andere Herausforderung in jüngster Zeit die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit und multilateraler Formate vor Augen. Gleichzeitig stellt sie eben diese Zusammenschlüsse vor gewaltige Herausforderungen hinsichtlich der Abwägung nationaler Interessen in Zeiten, in denen auch starke Wirtschaftsnationen mit den Auswirkungen der Krise zu kämpfen haben. Der Bedarf an Unterstützung für Entwicklungsländer, die die Krise nicht durch eigene Anstrengungen bewältigen können, übersteigt dabei die Möglichkeiten bilateraler staatlicher Zusammenarbeit um ein Vielfaches. Entsprechend wichtig ist die Zusammenarbeit auf UN- und EU-Ebene, sowie im Rahmen der G20 und anderer Formate. Deutschland kann durch sein Gewicht in diesen Kontexten ein wichtiges Zeichen für Multilateralismus setzen und sollte sich aktiv bei der Weiterentwicklung dieser Formate beteiligen, um diese zu stärken und auch für die neuen Aufgaben künftig besser zu wappnen. Vor diesem Hintergrund sollte sich auch die deutsche Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten klar in einen europäischen Rahmen einfügen. Ein starkes und geeintes Auftreten europäischer Akteure könnte ein notwendiges Gegengewicht zum chinesischen Narrativ setzen, mit dem das Reich der Mitte sich – oft erfolgreich – als gleichwertiger und zugleich großzügigerer und verlässlicherer Partner afrikanischer Staaten porträtiert.

Es bleibt festzuhalten, dass neben einer erhöhten Stringenz bei der thematischen Schwerpunktsetzung und der Auswahl von Partnern in der bilateralen deutsch-afrikanischen Zusammenarbeit, angesichts der Tragweite der Herausforderungen in Folge der Pandemie die Relevanz multilateraler Zusammenarbeit kaum zu unterschätzen ist. Diese Überlegungen sollten entsprechend Ausdruck in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik finden.

-
- ¹ The Conversation (2020): *Will South Africa run out of food during the coronavirus lockdown*, in: Pasha Podcast, N° 62, 15. April 2020. <https://theconversation.com/pasha-62-will-south-africa-run-out-of-food-during-the-coronavirus-lockdown-136414> (15.04.2020).
- ² Stone, Setumo (2020): *The People vs. The Lockdown*, in: City Press, 03. Mai 2020.
- ³ Bisseker, Claire (2020): *The real cost of SA's 500bn bailout*, in: Business Day, 30. April 2020; Paton, Carol (2020): *Tito Mboweni's Covid-19 briefing thin on funding detail*, in: Business Day, 24. April 2020; Donnelly, Lynley (2020): *A glimpse into the blooming economic pain – with the worst to come yet*, in: Business Day, 04. Mai 2020; Worthington, Peter (2020): *Structural Reforms and monetary policy the only wiggle room SA has*, in: Business Day, 24. April 2020; Leon, Peter (2020): *Reforms needed to jolt SA's economy into life – with or without IMF loans*, in Business Day, 04. Mai 2020.
- ⁴ WHO (2020): *Mise à jour COVID-19 RDC*, 24. Mai 2020. <https://drive.mobisystems.com/sharelink/6a6B7U9EWUCRukdXKxovlX5bik1L7DhbsEnGJc4GbbnR> (25.05.2020).
- ⁵ La Prospérité (2020): *Gestion de la Covid-19 et ses conséquences économiques*, 21. Mai 2020. <https://laprosperite.online/index.php/nation/5138-gestion-de-la-covid-19-et-ses-consequences-economiques-senat-ilunga-ilunkamba-devoile-le-plan-de-sauvetage> (25.05.2020).
- ⁶ BBC (2020): *Coronavirus. Le Président de la RDC, Félix Tshisekedi prend des mesures drastiques*, 19. April 2020. <https://www.bbc.com/afrique/region-51959819> (25.04.2020).
- ⁷ Actualite.cd (2020): *Un budget de 135 millions USD présenté par l'équipe de riposte*, 26. März 2020. <https://actualite.cd/2020/03/26/rdc-coronavirus-un-budget-de-135-millions-usd-presente-par-lequipe-de-riposte> (26.04.2020).
- ⁸ Mulegwa, Pascal (2020): *Coronavirus en RDC, l'impréparation des Kinois face à un confinement total avorté*, in: RFI, 28. März 2020. <http://www.rfi.fr/fr/afrique/20200328-coronavirus-en-rdc-impr%C3%A9paration-kinois-face-confinement-total-avort%C3%A9> (26.04.2020).
- ⁹ Assoko, Joël Té-Léssia (2020): *Coronavirus. Le FMI débloque 360 millions de dollars en faveur de la RDC*, in: Jeune Afrique, 24. April 2020. <https://www.jeuneafrique.com/934357/economie/coronavirus-le-fmi-debloque-360-millions-de-dollars-en-faveur-de-la-rdc/> (26.04.2020).
- ¹⁰ Cros, Marie-France (2020): *Le confinement du Rwanda entrave les échanges avec le Kivu. Des dérogations annoncées*, in: La libre Afrique, 24. März 2020. <https://afrique.lalibre.be/48189/le-confinement-du-rwanda-entrave-les-echanges-avec-le-kivu-des-derogations-annoncees/>; Radio Okapi (2020): *Le Sud-Ubangi ferme les marchés frontaliers avec la RCA et le Congo-Brazzaville*, 31. März 2020. <https://www.radiookapi.net/2020/03/31/actualite/sante/coronavirus-le-sud-ubangi-ferme-les-marches-frontaliers-avec-la-rca-et-le> (26.04.2020).
- ¹¹ Gras, Romain; Tshiamala, Stanis Bujakera (2020): *Why Tshisekedi's right-hand man Vital Kamerhe sits in jail*, in: The Africa Report, 17. April 2020. <https://www.theafricareport.com/26368/why-tshisekedis-right-hand-man-vital-kamerhe-sits-in-jail/> (26.04.2020).
- ¹² Mediacongo.net (2020): *FNSCC. Fathsi remplace Ambongo, Bokundoa, Sheik Abdallah, Sony et Elebe*, 07. Mai 2020. <https://www.mediacongo.net/article-actualite-68442-fnsc-fatshi-remplace-ambongo-bokundoa-sheik-abdallah-sony-et-elebe.html> (13.05.2020).
- ¹³ BMZ (2020): *Reformkonzept „BMZ 2030“. Umdenken - Umsteuern*, https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/BMZ-2030_Reformkonzept_200504.pdf (13.05.2020).
- ¹⁴ Müller, Gerd; Zurheide, Jürgen (2020): *WHO zum Weltpandemiezentrum ausbauen*, in: Deutschlandfunk, 18. April 2020. https://www.deutschlandfunk.de/entwicklungsminister-mueller-csu-zur-coronakrise-who-zum.694.de.html?dram:article_id=474927 (26.04.2020).
- ¹⁵ Malisches Gesundheitsministerium (2020): *Communiqué N°84 du Ministère de la Santé et des Affaires Sociales sur le suivi des actions de prévention et de riposte face à la maladie à CORONAVIRUS*, 25. Mai 2020. https://malijet.com/la_societe_malienne_aujourd'hui/la_sante_au_mali/243310-

[communiqu%C3%A9-n%C2%B084-du-minist%C3%A8re-de-la-sant%C3%A9-et-des-affaires-sociale.html](#) (25.05.2020).

- ¹⁶ Ministère de la Santé et de l'Hygiène Publique (Ivorisches Gesundheitsministerium) (2020): *Situation du Covid-19 en Côte d'Ivoire*. <https://covid19-ci.info/> (25.05.2020).
- ¹⁷ Ministère de la Santé et de l'Hygiène Publique (Ivorisches Gesundheitsministerium) (2020): Situation du Covid-19 en Côte d'Ivoire. <https://covid19-ci.info/> (25.05.2020).
- ¹⁸ Biryabarema, Elias (2020): *In Uganda, mothers in labour die amidst coronavirus lockdown*, in: Reuters, 09. April 2020. <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-uganda/in-uganda-mothers-in-labour-die-amidst-coronavirus-lockdown-idUSKCN21R2FA>, (26.04.2020); Hayden, Sally (2020): *Children, women casualties of Uganda's coronavirus transport ban*, in: Al Jazeera, 21. April 2020, <https://www.aljazeera.com/indepth/features/children-women-casualties-uganda-coronavirus-transport-ban-200421093822669.html> (26.04.2020).
- ¹⁹ Acidri, Emmanuel Malunga (2020): *Implications of COVID-19 for Right to Food in Uganda*, <https://www.kas.de/documents/280229/8800435/Implications+of+COVID-19+for+Right+to+Food+in+Uganda.pdf/28faa22a-5433-7921-0049-752824994f4d?version=1.0&t=1587969400532> (27.04.2020).
- ²⁰ Athumani, Halima: *Top Ugandan Officials Arrested in COVID-19 Purchasing Scandal*, in: VOA News, 09. April 2020, <https://www.voanews.com/science-health/coronavirus-outbreak/top-ugandan-officials-arrested-covid-19-purchasing-scandal> (26.04.2020).
- ²¹ Anguyo, Innocent; Storer, Liz (2020): *In times of Covid-19 Kampala has become 'un-Ugandan'*, 09.04.2020. <https://blogs.lse.ac.uk/africaatlse/2020/04/09/kampala-epidemic-un-ugandan-society-in-times-covid-19/>, (26.04.2020); PWC Uganda (2020): *Impact of the Corona virus on the Ugandan economy*. <https://www.pwc.com/ug/en/press-room/impact-of-the-corona-virus-on-the-uganda-economy.html> (26.04.2020); Walter, Max; Bing, Juliane (2020): *Uganda's Economic Response to COVID-19*. <https://www.kas.de/documents/280229/0/Uganda%27s+Economic+Response+to+COVID-19.pdf/2dc92410-5e21-1142-f5c7-edc9bddbaaac?version=1.1&t=1586422017406> (26.04.2020).
- ²² Babirye, Lilliane (2020): *What could the COVID-10 pandemic mean for the 2021 elections in Uganda?* <https://www.kas.de/documents/280229/8800435/What+Could+the+COVID-19+Pandemic+Mean+for+the+2021+Elections+in+Uganda+copy.pdf/e0a47ad9-81b9-f54a-b5b7-75440302700d?version=1.0&t=1588065670436> (26.04.2020).
- ²³ Ng'wanakilala, Fumbuka (2020): *Tanzanian President Under Fire For Worship Meetings Amid Virus*, in: Bloomberg, 22. März 2020. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-03-22/tanzanian-president-under-fire-for-worship-meetings-amid-virus> (22.04.2020).
- ²⁴ The Citizen (2020): *Covid-19: No lockdown of Dar es Salaam, says President Magufuli*, 22. April 2020. <https://www.thecitizen.co.tz/news/1840340-5531636-aw93b3/index.html> (22.04.2020).
- ²⁵ Financial Times.com (2020): *Tanzania hiding true number of Covid deaths, opposition says*, 04. Mai 2020. <https://www.ft.com/content/64521099-0850-4b94-b918-c302ada63916> (04.05.2020).
- ²⁶ Taylor, Ben (2020): *Tanzania's gamble: Anatomy of a totally novel coronavirus response*, in: African Arguments, 7. Mai 2020. <https://africanarguments.org/2020/05/07/tanzania-gamble-anatomy-totally-novel-coronavirus-response/> (13.05.2020).
- ²⁷ United Nations Economic Commission for Africa (2020): *COVID-19 in Africa: Protecting Lives and Economies*. <https://www.uneca.org/publications/covid-19-africa-protecting-lives-and-economies> (30.04.2020).
- ²⁸ The World Bank (2020): *Current health expenditure per capita (current US\$)*. <https://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.CHEX.PC.CD> (01.05.2020).
- ²⁹ United Nations Development Programme (2020): *2019 Human Development Index Ranking*. <http://hdr.undp.org/en/content/2019-human-development-index-ranking> (05.05.2020).
- ³⁰ The Citizen (2020): *Covid-19: No lockdown of Dar es Salaam, says President Magufuli*, 22. April 2020. <https://www.thecitizen.co.tz/news/1840340-5531636-aw93b3/index.html> (22.04.2020).

- ³¹ The Citizen (2020): *Covid-19: Magufuli calls for debt relief*, 23. April 2020
<https://www.thecitizen.co.tz/news/-Covid-19--Magufuli-calls-for-debt-relief/1840340-5532022-imvo2dz/index.html> (23.04.2020).
- ³² Africa Check (2020): *Fact-checking Tanzanian president John Magufuli on inhaling steam to treat Covid-19*, 06. Mai 2020. <https://africacheck.org/reports/fact-checking-tanzanian-president-john-magufuli-on-inhaling-steam-to-treat-covid-19/> (13.05.2020).
- ³³ The World Bank (2020): *World Bank Predicts Sharpest Decline of Remittances in Recent History*.
<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2020/04/22/world-bank-predicts-sharpest-decline-of-remittances-in-recent-history> (12.05.2020).
- ³⁴ Gemäß Schätzungen werden mehr als 90% der Einzelhandelsumsätze in Afrika durch informelle und lokale Unternehmen erwirtschaftet. UNECA (2014): *Dynamic Industrial Policy in Africa*.
https://www.uneca.org/sites/default/files/PublicationFiles/final_era2014_march25_en.pdf (12.05.2020).
- ³⁵ United Nations Development Programme (2019): *Human Development Report 2019*, S.320-321.
<http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr2019.pdf> (12.05.2020).
- ³⁶ Gemäß Recherchen von UNECA sind nur 15 afrikanische Volkswirtschaften Netto-Lebensmittelexporteure; UNECA (2020): *Economic Impact of the COVID-19 on Africa*, S.28.
https://www.icafrica.org/fileadmin/documents/IFT_2018/UNECA_Analysis_-_Economic_Effects_of_the_COVID-19_on_Africa-18_March_2020.pdf (12.05.2020).
- ³⁷ Hein, Christoph (2020): *Auf Corona folgt der Hunger*, in: FAZ.net, 22. April 2020.
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/un-warnt-auf-corona-folgt-die-hungersnot-16736443.html> (12.05.2020).
- ³⁸ The World Bank (2020): *Africa's Pulse. Assessing the economic Impact of COVID-19 and Policy Responses in Sub-Saharan Africa*", Vol. 21, S. 43.
<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/33541/9781464815683.pdf?sequence=12&isAllowed=y> (06.05.2020).
- ³⁹ International Institute for Democracy and Electoral Assistance (2020): *Global overview of COVID-19 impact on elections*, 08. Mai 2020. <https://www.idea.int/news-media/multimedia-reports/global-overview-covid-19-impact-elections> (08.05.2020).
- ⁴⁰ Reporter ohne Grenzen (2020): *Afrikanische Staaten erhöhen Druck*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/themen/pressefreiheit-in-der-corona-krise/alle-meldungen/meldung/afrikanische-staaten-erhoehen-druck/> (07.05.2020).

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Stefanie Brinkel (Redaktion)

Dr. Stefanie Brinkel ist seit Oktober 2018 Referentin in der Abteilung Afrika südlich der Sahara der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie ist zuständig für Zentralafrika sowie Nigeria und betreut die Programme Klima und Energie in Subsahara-Afrika. Zuvor war sie knapp dreieinhalb Jahre als Projektmanagerin im Auslandsbüro der Adenauer-Stiftung in Tansania tätig. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten Halle-Wittenberg und La Réunion und promovierte als Stipendiatin der Begabtenförderung der Stiftung über Treibhausgasmanagement. Vor ihrer Tätigkeit für die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitete Dr. Brinkel unter anderem als Gastdozentin an der Wirtschaftsuniversität Bratislava.

Raphael Brüne (Redaktion)

Raphael Brüne ist seit November 2019 Referent in der Abteilung Afrika südlich der Sahara. Hier ist er zuständig für Querschnittsthemen und koordiniert die BMZ-Sonderinitiative "Eine Welt ohne Hunger" (EWOH). Vor seiner jetzigen Position war er unter anderem wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Area Studies der Universität Leipzig. Nach einem Bachelorstudium im Bereich der Deutsch-Französischen-Studien an den Universitäten in Saarbrücken und Metz absolvierte er einen Master im Fach European Studies an der Universität Leipzig.

Daniel El-Noshokaty

Daniel El-Noshokaty leitet seit Februar 2016 das Auslandsbüro in Tansania. Er verfügt sowohl über einschlägige politische Erfahrung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag als auch mehrjährige Erfahrung in einer PR-Agentur. Auch im Bereich der Transformationspartnerschaften hat er die deutsche Entwicklungszusammenarbeit aktiv begleitet. Daniel El-Noshokaty studierte Politikwissenschaften an der Universität Passau sowie der Freien Universität Berlin und legte hierbei einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich der Internationalen Politik.

Veronika Ertl

Veronika Ertl ist Referentin für Entwicklungspolitik in der Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung. In dieser Rolle begleitet sie Fragen der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik und nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 2030. Vor ihrer jetzigen Position war sie unter anderem als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer der Stiftung mit Sitz in Tunis tätig und im Programm „Kooperation mit Arabischen Gebern“ der GIZ in Amman. Sie hat Politikwissenschaft und International Public Management an der Freien Universität Berlin, University of California Los Angeles und Sciences Po Paris studiert.

Martina Kaiser

Martina Kaiser ist seit 2012 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung, wo sie als Referentin in der Abteilung für Europäische und Internationale Zusammenarbeit zunächst für die Betreuung der Projektarbeit der Adenauer-Stiftung in Südostasien sowie für die Koordinierung der internationalen Medienprogramme zuständig war. Seit April 2017 beschäftigt sie sich mit entwicklungspolitischen Themen und Grundsatzfragen der Nachhaltigkeit sowie spezifischen Herausforderungen im Bereich Globale Gesundheit. Zuvor studierte sie Literatur- und Kulturwissenschaften an der Technischen Universität in Dresden und European Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Mathias Kamp

Mathias Kamp ist Politikwissenschaftler und als Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Region Ostafrika zuständig. Zuletzt war Kamp von März 2015 bis April 2020 als Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Uganda und Südsudan mit Sitz in Kampala tätig. Vorherige berufliche Stationen auf dem afrikanischen Kontinent führten ihn unter anderem nach Ghana sowie nach Nigeria, wo er die Verbindungsstelle des katholischen Hilfswerks Misereor leitete. Im Rahmen verschiedener Forschungs- und Consultancy-Projekte befasste er sich insbesondere mit Ansätzen der Demokratieförderung und politischen Bildung in Afrika. Er absolvierte ein Bachelorstudium in Public Administration/European Studies und ein Masterstudium in Internationalen Beziehungen und Entwicklungspolitik, mit Schwerpunktlegung auf Fragen der demokratischen Entwicklung in Subsahara-Afrika.

Florian Karner

Florian Karner leitet seit Anfang 2018 das Stiftungs-Regionalprogramm "Politischer Dialog Westafrika" mit Sitz in Abidjan. Das Programm fokussiert sich insbesondere auf die frankophonen Länder am Golf von Guinea. Florian Karner studierte Internationale Volkswirtschaft, Verwaltungswissenschaften und Governance in Deutschland und Frankreich. Als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes war er zuvor in den Bereichen OSZE/Europarat in Berlin, der Deutschen Botschaft in Peking und als Austauschdiplomate im Krisenreaktionszentrum im französischen Außenministerium in Paris tätig.

Benno Mühler

Benno Mühler leitet seit April 2019 das Konrad-Adenauer-Stiftungs-Auslandsbüro in Kinshasa, DR Kongo. Bis dahin war er als Presse-sprecher des CDU-Landesverbands Berlin tätig. Von 2011-15 berichtete er für deutsche und amerikanische Medien aus Ost- und Westafrika, davon drei Jahre lang am Standort Äthiopien. Benno Mühler hat sein Politik- und Journalismusstudium in Bonn, Paris und New York absolviert.

Thomas Schiller

Thomas Schiller ist seit Dezember 2017 der Leiter des Regionalprogramms Sahel der Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bamako/ Mali. In vorherigen Positionen war er unter anderem als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Stiftung Wissenschaft und Politik, als Referent für Außen- und Europapolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie in Leitungsfunktionen in der Wirtschaft (BASF und VKU) tätig. Von 2007-2011 leitete Thomas Schiller das Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Büros in Algerien, Marokko und Tunesien. Er hatte zudem Lehr-aufträge am Institut d'Etudes Politiques de Paris sowie an der Universität Koblenz-Landau inne und ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu außen- und europapolitischen Fragen. Er studierte Politische Wissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Regensburg und München und ist Absolvent des Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po).

Henning Suhr

Seit April 2017 ist Henning Suhr als Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südafrika tätig und berichtet regelmäßig über das Land. Zuletzt ist seine Publikation "Südafrika 2020: Lebendige Vergangenheit – Ungewisse Zukunft" erschienen. In vorherigen Stationen für die Stiftung leitete er die Länderprojekte in Costa Rica/Panama und Venezuela, arbeitete von 2009 bis 2012 als Länderreferent Südliches Afrika und war als Trainee der Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro. Vor seinem Einstieg bei der Stiftung sammelte er Erfahrung bei der GTZ in Eschborn. Henning Suhr hat Wirtschafts- und Politikwissenschaften in New York, Berlin, Potsdam und Florenz und Internationale Beziehungen in Berlin und Potsdam studiert.

Sabina Wölkner (Redaktion)

Sabina Wölkner leitet die Abteilung Agenda 2030 in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2014 bis 2019 war sie Programmdirektorin des Multinationalen Entwicklungsdialogs der Konrad-Adenauer-Stiftung und arbeitete an den Schnittstellen Entwicklungspolitik, Demokratie, Sicherheit und Klimaschutz. Gleichzeitig vertrat sie die Stiftung im Europäischen Netzwerk für Politische Stiftungen (ENoP) und war in die EU-geförderten Projekte der Konrad-Adenauer-Stiftung involviert. Von 2009 bis 2014 leitete Sabina Wölkner das Stiftungs-Auslandsbüro in Bosnien-Herzegovina. Sie ist seit 2006 für die Stiftung tätig. Davor war sie Resident Fellow im Programm Mitteleuropa der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Sabina Wölkner (M.A.) studierte Politikwissenschaften und Ostslavistik an den Universitäten Mannheim und Warschau.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Stefanie Brinkel

Abteilung Subsahara-Afrika
Europäische und Internationale
Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3574
stefanie.brinkel@kas.de

Sabina Wölkner

Abteilung Agenda 2030
Analyse und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3522
sabina.woelkner@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Satz: Franziska Faehnrich, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-672-4



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)